



Tätigkeitsbericht

Jahresbericht über Politik und Aktivitäten des Bundesverbandes

für den Zeitraum 1. Dezember 2007 bis 20. November 2008

Vorgelegt zum 54. Kongress der Europa-Union

durch die Bundesgeschäftsstelle

Aktivitäten der Europa-Union Deutschland, Bundesverband, in:

Bonn, Berlin, Brüssel, Detmold, Hamburg, Hannover, Kiel, Paderborn, Potsdam, Saarbrücken, Karlsruhe, Mannheim, Neubrandenburg, Paris, Schwerin, Straßburg

in Kooperation mit:

Centre International de Formation Européenne, dbb beamtenbund und tarifunion, Deutschem Bundestag, Europäischer Akademie Berlin, Europäischer Kommission, Europäischem Parlament, Europäischer Bewegung Finnland, European Movement International, Jungen Europäischen Föderalisten, Kreisverband Bonn, Kreisverband Karlsruhe, Kreisverband Lippe, Kreisverband Mannheim, Kreisverband Paderborn, Landesverband Berlin, Landesverband Brandenburg, Landesverband Hamburg, Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, Landesverband Niedersachsen, Landesverband Saar, Landesverband Schleswig-Holstein, Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland, Staatskanzlei Brandenburg, Union Europäischer Föderalisten, Verband Brüssel

Inhalt:

| | | |
|----------|--|-----------|
| 1 | Vorwort | 4 |
| 2 | Europapolitische Schwerpunkte | 6 |
| 3 | Strategische Leitlinien | 6 |
| 3.1 | Stärkung der Relevanz im Bund und in Europa | 7 |
| 3.2 | Unterstützung lokal und regional..... | 7 |
| 3.3 | Internationalisierung | 7 |
| 3.4 | Internet als neue Kernkompetenz der Europa-Union..... | 7 |
| 4 | Aktivitäten und Projekte | 8 |
| 4.1 | Überregionale Kooperationsveranstaltung: Baltic Europe Consultations | 8 |
| 4.2 | Kooperation mit der Europäischen Akademie Berlin | 8 |
| 4.2.1 | Wochenendseminar Neue Weltordnung und die Entwicklung der EU nach dem Europa-Afrika Gipfel | 8 |
| 4.2.2 | Sommerakademie..... | 9 |
| 4.2.3 | Europäische Bürgerforen..... | 9 |
| 4.3 | „Europäischer Abend“: Kooperation mit dem deutschen beamtenbund und tarifunion und der Europäischen Kommission | 9 |
| 4.3.1 | „Europa-Union greift Mindestlohndebatte auf“ | 10 |
| 4.3.2 | „Raus von Zuhause – Chancen für junge Menschen in Europa“ | 10 |
| 4.3.3 | „Schengen nach der Erweiterung“..... | 10 |
| 5 | Organisation | 10 |
| 5.1 | Mitglieder | 10 |
| 5.2 | Gremien..... | 11 |
| 5.2.1 | Präsidium und Bundesausschuss | 11 |
| 5.2.2 | Präsidium..... | 11 |
| 5.2.3 | Bundesausschuss..... | 11 |
| 5.2.4 | Kongress..... | 12 |
| 5.3 | Arbeitsgruppen | 13 |
| 5.3.1 | Energie..... | 13 |
| 5.3.2 | EU-Erweiterung | 13 |
| 5.3.3 | Soziales Europa..... | 14 |
| 5.3.4 | Kultur / Bildung/ Sprachkompetenz | 14 |
| 5.3.5 | Verfassung..... | 15 |
| 5.3.6 | Europa-Wahlen 2009..... | 15 |
| 5.3.7 | Strategie | 16 |
| 5.3.8 | EuroProfessionell – die Hauptstadtgruppe der Europa-Union | 16 |
| 5.4 | Parlamentarische Initiativen | 17 |

| | | |
|-------|---|----|
| 5.4.1 | Europa-Union Parlamentariergruppe im Europäischen Parlament | 17 |
| 5.4.2 | Europa-Union Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag | 18 |
| 5.5 | Öffentlichkeits- und Medienarbeit..... | 20 |
| 5.5.1 | Pressearbeit..... | 20 |
| 5.5.2 | Mitgliederzeitschrift „Europa aktiv“ | 20 |
| 5.5.3 | Elektronischer Newsletter | 21 |
| 5.5.4 | Internet..... | 21 |
| 5.6 | Generalsekretariat und Service..... | 22 |
| 5.7 | Jugend/JEF | 23 |
| 5.8 | International: UEF | 24 |
| 5.8.1 | Union Europäischer Föderalisten | 24 |
| 5.8.2 | Europa-Union Verband Brüssel..... | 25 |
| 5.9 | Netzwerk Europäische Bewegung | 26 |

Die Europamüdigkeit in Deutschland hat wieder zugenommen. Und es scheint nur wenige zu geben, die mit Energie und Engagement die nötige Initiativen gegen diese Lethargie ergreifen. Die Europa-Union Deutschland ist bereit, darauf im Superwahljahr 2009 europäische Antworten zu geben. Dafür hat sich die größte deutsche pro-europäische Bürgerinitiative 2008 gut aufgestellt. Sie kann – gestützt von zwei zusätzlichen Partnern auf Landesebene und modernen Instrumenten für Mitglieder in der Region, in der Bundeshauptstadt, in Brüssel – neue europapolitische Aktivitäten ergreifen.

2008 ist wieder Ernüchterung eingekehrt, nachdem eine erfolgreiche deutsche EU-Ratspräsidentschaft Anfang 2007 die Zustimmung für die europäische Integration in den Umfragen nach oben hat schnellen lassen. Schon damals hatte die Europa-Union Deutschland ein Strohfeuer positiver Einstellungen befürchtet. Zu fest halten europaskeptische Grundeinstellungen, unzureichende Information und allgemeine Zukunftsängste die Deutschen im Griff. Lobbyisten und manche Politiker bauschen zudem durchaus vorhandene Schwächen der Europäischen Union zu einem Grundsatzproblem auf.

Auch mit Blick auf das Großprojekt „Zukunft der Europäischen Union“ war das Jahr 2008 enttäuschend für unseren Verband. Die Europa-Union Deutschland hat den Lissabon-Vertrag nicht ohne Kritik, aber doch als wichtiges Ganzes begrüßt und wurde erneut von einem negativen national motivierten Referendum eingeholt. Der Schock des „Neins von Irland“ führte dazu, dass die Europa-Union ihre traditionell „starken Themen“ wie die Vertiefung der Europäischen Union *und* die Erweiterung in einer undurchsichtigen Großwetterlage nicht grundlegend neu diskutieren konnte. Schwierige Integrationsphasen sind uns nicht neu. Wir wissen, dass Krisen der europäischen Idee nicht nur geschadet haben. Dennoch scheint die Lage Ende 2008 anders. Das europäische Projekt ist sehr groß geworden. Schäden im System lassen sich nur mit großem Aufwand beheben.

Eine Antwort auf institutionelle Blockaden könnte der Rückgriff auf historische Erfahrungen und auf die Menschen bieten: Die Europa-Union hat ihre Lösungsvorschläge zu den Problemen des Kontinents schon früh gegeben. Ein Blick auf das Hertensteiner Programm von 1946 erfüllt uns mit Stolz auf die Weitsicht unserer ersten Aktivisten, aber auch mit Skepsis hinsichtlich der Lernfähigkeit aktueller Europapolitik. Die Mitglieder der Europa-Union Deutschland gehören dabei nicht zu den Menschen, die die Verantwortung immer nur auf andere Ebenen schieben. Sie bestehen aus Personen, die in ihrem individuellen Lebensumfeld und darüber hinaus die europäische Integration voran treiben möchten. Es liegt an den Gremien und den Organisationsebenen der Europa-Union, dieses Potenzial aktiv zu nutzen und viele Mitglieder für die konkrete Verbandsarbeit ziel- und sachorientiert zu gewinnen. Nur dann können wir der versteckten, aber auch zunehmend offenen unreflektierten Europakritik entgegen treten.

Es lohnt sich einige wichtige Aspekte unserer Arbeit aufzuzählen und, wo nötig, kritisch zu betrachten:

Ausbaufähige politische Kommunikation und Kultur

Der Hamburger Kongress 2007 suchte nach neuen Antworten auf die Frage, welches Selbstverständnis die Europa-Union heute hat. Mit den „Hamburger Impulsen“ sollte eine umfassende Grundsatzdiskussion angestoßen werden, die aber von der Verbandsbasis nicht mit der erhofften Resonanz aufgenommen worden ist. Offensichtlich gibt es noch vereinzelt Barrieren in der Kommunikation zwischen den unterschiedlichen Verbandsebenen zu überwinden. Der Bundesverband bietet den Mandatsträgern unterschiedliche Diskussionsforen an, die allerdings aktiv genutzt werden müssen. Offene Kommunikation erfordert eine politische Kultur des Einmischens. Die bestehenden Arbeitsgruppen, auch wenn sie „traditionell“ tagen, bieten in der Mehrzahl noch nicht die erhofften nachhaltigen inhaltlichen Impulse. Hier muss das Präsidium 2009 neue Antworten finden.

Basis Mitglieder: vorsichtiger Optimismus

Anders als Gewerkschaften und die meisten großen Parteien konnte die Europa-Union bei der Mitgliederentwicklung den negativen Trend früherer Jahre stoppen. Viel spricht dafür, dass dieser Trend sogar umgekehrt werden kann, auch Dank vieler Aktiver in den Landesverbänden und im Präsidium, die gemeinsam mit der Bundesgeschäftsstelle einen pragmatischen Blick auf die Mitgliederbetreuung wagen, um nachhaltig Schlüsse zu ziehen. Wir hoffen auf einen Wettbewerb guter Ideen, wie mehr Mitglieder gewonnen werden können. Überlegungen hinsichtlich der Mitgliederentwicklung müssen auch mit Blick auf die Altersstruktur unternommen werden. Die Europa-Union ist derzeit vor allem für diejenigen attraktiv, die in ihrer beruflichen und privaten Zeiteinteilung flexibler sind. Dies betrifft – den Jugendverband JEF ausdrücklich eingeschlossen – vor allem die

Studierenden und diejenigen, die einen verdienten Ruhestand genießen. Sieht man von Parlamentariern ab, so fehlen uns viele Engagierte, die von der kommunalen bis zur Bundesebene europäisch denken und handeln, sei es in Verwaltungen, in den Medien, im Bildungsbereich oder in Interessengruppen. Diese wichtigen Zielgruppen haben die Europa-Union in den Anfangsjahren groß gemacht. Sie gilt es zurück zu gewinnen. Vor allem hier müssen wir unseren gesellschaftlichen Einfluss geltend machen. Mit Freude sehen wir, dass wir in Bezug auf die Mitgliederbetreuung und -gewinnung auch mit dem neuen Bundesvorstand der JEF an einem Strang ziehen.

Kein Widerspruch: traditionelle Vereinsdemokratie und moderne Kommunikation

In den zurückliegenden Monaten hat der Bundesverband viel darin investiert, neue Strukturen und Instrumente für eine zukunftsgerichtete Arbeit zu etablieren und die Vernetzung von Mitgliedern und Verbandsebenen zu fördern.

Es gibt jetzt einen auch für UEF-Schwesterverbände vorbildlichen Brüsseler Verband mit über 200 Mitgliedern, der in der europäischen Hauptstadt Furore in der „Community“ macht. Es gibt nunmehr zwei starke Parlamentariergruppen in Bundestag und Europaparlament, die Abgeordnete aus allen Regionen Deutschlands überparteilich vereinen. Kurz vor der Gründung steht eine vielversprechende Gruppe von professionell in der Bundespolitik arbeitenden Europa-Unions-Mitgliedern. Und die Internetgruppe XING vernetzt fast 600 Mitglieder aus dem gesamten Bundesgebiet und Europa.

Mit den neuen Initiativen agiert der Bundesverband zielgerichtet im Interesse der Mitglieder und regionalen Verbände. Noch nie war es so einfach, an der Arbeit auf Bundesebene aktiv teilzunehmen, z.B. in E-Mail-Diskussionsgruppen. Der Service europaterrmine.de ist ein gutes Beispiel, wie Bundes- und regionale Ebene im Sinne einer flächendeckenden Öffentlichkeitsarbeit eng zusammen arbeiten können. Wer die zentrale Homepage der Europa-Union Deutschland besucht, der findet viele interessante Termine vor Ort.

Weitere positiven Auswirkungen der Vernetzung: In Sachsen-Anhalt gründeten ehemalige Brüsseler Praktikanten mit Hilfe des Brüsseler Verbandes einen JEF-Landesverband. Auf Grund bestehender intensiver Kontakte des Netzwerks Europäische Bewegung mit der brandenburgischen Landesregierung konnte der Europa-Union-Landesverband Brandenburg wieder neu belebt werden. Dank intensiver Bemühungen ist ab 2008 der Landesverband Bayern wieder mit im Bunde.

Umgekehrt hat sich der Bundesverband wieder bei seinem europäischen Dachverband, der Union Europäischer Föderalisten, zurückgemeldet. Schon lange nicht mehr war die Europa-Union Deutschland so stark und zahlreich bei einem europäischen Kongress der UEF wie im Oktober in Paris vertreten, auf dem der britische Europaabgeordnete Andrew Duff die Führung der UEF eindrucksvoll übernommen hat. Mit dem neu aufgestellten Team der internationalen Europäischen Föderalisten können nun auch unsere Inhalte besser und nachhaltiger abgestimmt werden.

Die neue vernetzte regionale, bundesweite und internationale Vereinsstruktur macht das Arbeiten zwischen den Sitzungen, die weiter den persönlichen Austausch fördern und die demokratischen Entscheidungen vorgeben, erst richtig stark.

Allen Mitgliedern, allen voran den vielen ehrenamtlichen Aktiven auf allen Verbandsebenen, sei herzlich gedankt für ihre Treue, die sie der Europa-Union Deutschland im vergangenen Jahr entgegengebracht haben, und den unermüdlichen Einsatz für unsere gemeinsame europäische Sache. Die Europa-Union lebt von ihren Mitgliedern – sie machen den Verband handlungsfähig und nahezu unabhängig von Dritten. Mit nur wenigen hauptamtlichen Mitarbeitern in den Landesverbänden und aktuell nur einer fest angestellten Europa-Union-Mitarbeiterin in der Bundesgeschäftsstelle der Berliner Bürogemeinschaft mit dem Netzwerk Europäische Bewegung muss unser Verband vor allem auf viele ehrenamtliche Impulse, Kärnerarbeit und Verantwortung bauen.

In diesem Sinne hoffen wir auf eine vertrauensvolle und erfolgreiche Zusammenarbeit im Superwahljahr 2009!

Peter Altmaier *MdB*
Präsident

Bernd Hüttemann
Generalsekretär

Birgit Kößling
Bundesgeschäftsführerin

2 Europapolitische Schwerpunkte

Die Schwerpunkte der Europapolitik der Europa-Union lagen 2008 ganz eindeutig in der kritischen Begleitung des Ratifikationsprozesses des Vertrages von Lissabon.

Der Kongress hat im Dezember 2007 in Hamburg zunächst die konkreten **Fortschritte des Vertrages von Lissabon** dargestellt (B-Nr. 2/07-12-b):

- Stärkung des Europäischen Parlamentes
- Einführung des europäischen Bürgerbegehrens
- Prinzip der Öffentlichkeit bei Ratstagen bei Beratung oder Abstimmung über Gesetzgebungsakte
- Handlungsfähigkeit durch Einführung des Prinzips der doppelten Mehrheit im Rat
- Handlungsfähigkeit durch die Begrenzung der Größe der Kommission
- Führungspersonen der werden für die Menschen sichtbarer und verantwortlicher
- Werte der EU werden durch die vereinbarte Rechtsverbindlichkeit der EU-Grundrechtecharta gestärkt

Die Europa-Union machte aber gleichzeitig klar, dass der „verabschiedete Text gegenüber dem Europäischen Verfassungsvertrag zugleich auch deutliche Nachteile aufweist“: der Reformvertrag verzichtet auf Vereinfachungen in den Entscheidungsverfahren, eine echte Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und auf europäische Symbole. Hier wurden insbesondere die deutschen Behörden aufgefordert, die entsprechenden Symbole dem ungeachtet aktiv zu verwenden.

Trotz dieser inhaltlichen Einschränkungen rief die Europa-Union im Dezember 2007 alle 27 EU-Mitgliedsstaaten dazu auf, das Vertragswerk zu ratifizieren.

Herausgestrichen hat die Europa-Union weiterhin, dass der Vertrag von Lissabon auch auf Grund seiner Mängel nicht das Ziel einer europäischen Verfassung ersetzt.

Nicht zufrieden zeigte sich die Europa-Union mit der **mangelhaften Öffentlichkeitsarbeit** zum Vertrag von Lissabon. Auf ihrem Bundesausschuss im Februar forderte sie die Bundesregierung dazu auf, „möglichst rasch eine konsolidierte Fassung des Vertrages über die Europäische Union und des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union einschließlich aller Protokolle und Erklärungen nach den Änderungen durch den Vertrag von Lissabon bereit zu stellen“. (vgl. B.-Nr 17) .

Noch einmal hat die Europa-Union in ihrer Bundesausschusssitzung im Mai 2008 die neuen **Führungspositionen**, die durch den Vertrag von Lissabon geschaffen werden, hervorgehoben: Sie begrüßt die Stärkung des Präsidenten der Europäischen Kommission, den neuen Außenminister und das Amt eines Präsidenten des Europäischen Rates (vgl. B.-Nr 18).

Entsprechend schockierend war das **Scheitern der Ratifizierung des Vertrages in Irland**. Die Iren hatten sich im Juni 2008 in einem Referendum gegen den Vertrag von Lissabon ausgesprochen. Die Entscheidung der Iren stellt nach Ansicht der Europa-Union die Europäische Union vor enorme Herausforderungen. Aber auch nach dem Nein stand die Europa-Union Deutschland, trotz Kritik in Einzelpunkten hinter den Errungenschaften des Reformvertrages. Für die Europäischen Föderalisten bringt er die Handlungsfähigkeit und Demokratisierung der EU voran. EUD-Präsident Peter Altmaier unterstrich in einer ersten Stellungnahme: *„Nach dem Scheitern in Irland ist es nun wichtig, eine Renationalisierung der EU zu verhindern.“* Später forderte er mehr mutige Politiker, die zu politischer Führung bereit sind: *„Wenn die Bürger spüren, dass wir von unserem Eintreten für Europa auch wirklich überzeugt sind, wird die Unterstützung für die Integration wieder wachsen!“* Er bemängelt die Unfähigkeit der nationalen politischen Eliten, den Bürgern die Bedeutung des Lissabon-Vertrages zu vermitteln.

Für den Kongress in Saarbrücken gibt es nun einen Leitantrag, der eine adäquate Reaktion auf das drohende Scheitern des Vertrages von Lissabon bietet.

3 Strategische Leitlinien

Schon im Berichtszeitraum 2007 hatte die Europa-Union entschieden, sich strategisch und organisatorisch so aufzustellen, „dass sie den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gewachsen ist.“ Auf der Grundlage

der Beschlüsse vom Hamburger Kongress konnten im Jahr 2008 weitere konkrete Schritte in Angriff genommen werden:

3.1 Stärkung der Relevanz im Bund und in Europa

Nachdem sich 2007 erste Erfolge abzeichneten, hat sich die Europa-Union Deutschland in der Bundes- und Europapolitik an entscheidenden Stellen weiter etabliert: Die neue Parlamentariergruppe Bundestag ist ein voller Erfolg. Inhaltlich und organisatorisch konnte sie Impulse sowohl in den Verein, aber auch in die Zielgruppe Bundestagsabgeordnete geben. Die Parlamentariergruppe Europäisches Parlament konnte im Rahmen eines Europäischen Abends bei arte in Straßburg mit den wichtigsten deutschen Intendanten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks die Notwendigkeiten einer verbesserten Europaberichterstattung unterstreichen.

Die „Europäische Abend“ hat sich zu einer erfolgreichen Veranstaltungsreihe in der Bundeshauptstadt entwickelt und wird nun in partnerschaftlicher Kooperation nicht nur mit dem Deutschen Beamtenbund dbb durchgeführt, sondern auch mit der Europäischen Kommission.

Auch der noch junge Brüsseler Verband der Europa-Union erfreut sich einer großen Resonanz. Auf dem Brüsseler Parkett ist die Europa-Union wieder eine feste Größe. Die Arbeit der Brüsseler öffnet viele Türen für das politische Lobbying der Europa-Union.

3.2 Unterstützung lokal und regional

Der Bundesverband hat auch 2008 zahlreiche regionale Initiativen inhaltlich und organisatorisch unterstützt. Viele Anfragen aus der Verbandsbasis an den Präsidenten, den Generalsekretär und die Bundesgeschäftsführerin konnten erfüllt werden. Leider konnten aber nicht alle Erwartungen zur finanziellen Förderung von regionalen Projekten aufgrund veränderter Rahmenbedingungen erfüllt werden.

Der Ausbau des Internetangebotes gewinnt zunehmend an Bedeutung als dezentrale Informationsquelle für Interessierte und Mitglieder in den Regionen.

Die in Berlin und Brüssel aufgebauten Kontakte leisten einen wertvollen Beitrag für die Arbeit vor Ort. Die meisten Abgeordneten und ihre Mitarbeiter, aber auch die Interessengruppenvertreter sind in den Regionen verankert bzw. tragen dazu bei, dass es zu einem regen Austausch proeuropäischer Politik zwischen den Regionen und Entscheidern kommt.

3.3 Internationalisierung

Besonders positiv hatte sich im Berichtszeitraum die Einbindung der Europa-Union in ihren europäischen Dachverband entwickelt. Die Kandidatur der neuen UEF-Präsidenten Andrew Duff MdEP, der vom UEF-Kongress in Paris einstimmig gewählt wurde, ging auf einen Vorschlag der Europa-Union zurück. Die Europa-Union ist nun auch mit einem erheblich verjüngten Team in den Gremien der UEF vertreten und kann sich so – auch mit Hilfe ihres Brüsseler Verbandes – aktiver und stärker inhaltlich in die Arbeit der UEF einbringen. Umgekehrt erhofft sich die Europa-Union eine bessere Nutzung der internationalen Strukturen der UEF für ihre europapolitische Basisarbeit.

3.4 Internet als neue Kernkompetenz der Europa-Union

Es ist noch zu spüren, dass sich die Europa-Union erst 2003 dazu entscheiden konnte, einen eigenen Internetauftritt zu gestalten. Heute ist das Internet eine nicht zu unterschätzende Option auf die Zukunft für das persönliche Netzwerk der Proeuropäer und Föderalisten. Gerade kleine Nichtregierungsorganisationen mit hoher inhaltlicher Kompetenz und Kontakten in alle gesellschaftlichen Strukturen hinein können im neuen europäischen Medienzeitalter punkten. Dies hat der jüngste Wahlkampf in den USA ebenso gezeigt wie die schmerzlichen Niederlagen, die uns die EU-Gegner in Frankreich, in den Niederlanden und in Irland bereitet haben.

4 Aktivitäten und Projekte

Die politische Arbeit der Europa-Union Deutschland im Jahr 2008 stand im Zeichen des Vertrages von Lissabon und der Europawahl 2009. Der Schwerpunkt der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit lag weiter auf der nachhaltigen Darstellung des Nutzens der Europäischen Union für die Bürgerinnen und Bürger. Auf allen Verbandsebenen fanden dazu eine Vielzahl von Aktivitäten statt.

Im Rahmen der Zusammenarbeit mit internen wie externen Kooperationspartnern konnte der Bundesverband im Berichtszeitraum zahlreiche Projekte realisieren. Die Projektpartnerschaft mit der Europäischen Akademie Berlin und dem Deutschen Beamtenbund dbb wurde fortgeführt und intensiviert. Die sieben Jahre währende erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem Centre International de Formation Européenne (CIFE) kann seit 2008 leider nicht mehr im bisherigen Rahmen und Umfang erfolgen, da sich die Richtlinien der Europäischen Kommission zur Förderung bildungspolitischer Maßnahmen geändert haben. Auf regionaler Ebene war es daher im Berichtszeitraum nicht mehr möglich, Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit den Landes- und Kreisverbänden der Europa-Union in der Vielzahl umzusetzen wie in den Jahren zuvor. Zugleich konnten aber auch neue Kooperationspartner gewonnen werden: die Vertretung der EU-Kommission in Berlin und die Europäischen Bewegung Finnland.

4.1 Überregionale Kooperationsveranstaltung: Baltic Europe Consultations

Bürgerforum im Rahmen der Nordeuropäischen Gespräche am 28.11.08

Die Europäische Bewegung Finnland lädt (im Frühjahr 2009 zivilgesellschaftliche Organisationen aus dem Ostseeraum zu einer internationalen Tagung zu den Themen Arbeit, Energie und Sicherheit im Ostseeraum. Dort sollen im Vorfeld der Europawahl gemeinsame Forderungen der Bürger im Ostseeraum herausgearbeitet werden, die dem neuen Parlament mit auf den Weg gegeben werden. In Vorbereitung auf diese internationale Tagung sind Bürger/innen in Dänemark, Deutschland, Finnland, Estland und Lettland zu Gesprächsforen eingeladen, um Wünsche an die europäische Politik zu artikulieren. Ziel ist es, die verschiedenen nationalen Vorstellungen in einem internationalen Rahmen zusammenzufassen. Das Projekt wird von der Europäischen Union gefördert.

In Deutschland wird unter Federführung der Europa-Union ein Bürgerforum in Kiel stattfinden. Für die organisatorische Umsetzung zeichnet der Landesverband Schleswig-Holstein verantwortlich. Ausgewiesene Experten führen in die Themen Arbeit, Energie und Sicherheit im Ostseeraum ein. Anschließend haben die Teilnehmer in Workshops die Möglichkeit, ihren Forderungskatalog aus deutscher Sicht zu formulieren. Auf der internationalen Konferenz in Turku werden Vertreter der Europa-Union diesen Forderungskatalog präsentieren.

4.2 Kooperation mit der Europäischen Akademie Berlin

Die Europa-Union Deutschland und die Europäische Akademie Berlin haben im Berichtszeitraum ihre erfolgreiche Zusammenarbeit fortgeführt und erweitert.

Die Europäische Akademie Berlin ist ein unabhängiger, überparteilicher und gemeinnütziger Verein, mit dem Ziel, sachkundige und zielgruppengerechte Informationen über die europäische Integration zu bieten. Dabei legt sie vor allem Wert auf die Vermittlung von Zusammenhängen. In diesem Kontext werden Seminare, Konferenzen, Vorträge und andere Veranstaltungen zu europäischen Themen organisiert, um Menschen aus vielen Staaten Europas und der Welt zusammen zu führen und über die gemeinsamen Herausforderungen und Chancen zu diskutieren.

Im Rahmen dieser Kooperation konnten wir unseren Mitgliedern und Zielgruppen wieder mehrere Veranstaltungsangebote unterbreiten:

4.2.1 Wochenendseminar Neue Weltordnung und die Entwicklung der EU nach dem Europa-Afrika Gipfel

08. bis 10.02.08

Die Afrika-Politik der EU war Gegenstand des Wochenendseminars für Multiplikatoren, politische Bildner sowie die interessierte Öffentlichkeit. Durch den EU-Afrika-Gipfel ist das Verhältnis zu unserem Nachbarkontinent wieder in den Blickpunkt der Aufmerksamkeit gerückt. Auch wenn der Gipfel von der Diskussion um wirtschaftliche Fragen geprägt war, spielte doch die (fehlende) Garantie der Menschenrechte in Afrika eine wesentliche Rolle - nicht zuletzt durch die Rede der Bundeskanzlerin. Der Situation der Menschenrechte und der Frage, wie wir damit umgehen, widmete sich das Seminar.

4.2.2 Sommerakademie

9. bis 16. 08.08

Was heißt es eigentlich, ein Deutscher, ein Franzose, ein Pole zu sein? Was bringt der Einzelne mit, was die anderen? Was bedeutet(e) es, in Nachbarschaft der Deutschen zu leben zu Zeiten des letzten Krieges und heute? Wie entwickelt sich der Begriff der – europäischen – Öffentlichkeit und wohin gehen wir im gemeinsamen Europa? Diese Themen und einige mehr wurden bei der diesjährigen Sommerakademie in Berlin thematisiert. Sie lief unter dem Titel „Monolog der Lautsprecher oder Orchester der Vielfalt? Der interkulturelle Dialog in Europa“. Ziel war es, dabei die generellen Fragen einmal ohne Zeitdruck zu besprechen – mit Referenten und in Arbeitsgruppen, in angenehmer Runde und der ruhigen Atmosphäre des Berliner Grunewald-Viertels.

4.2.3 Europäische Bürgerforen

Im Herbst 2008 startete die neue Veranstaltungsreihe der Europäischen Bürgerforen, die in Trägerschaft der Bundesregierung, EU-Kommission und des Europäischen Parlaments veranstaltet werden. Die Europäischen Bürgerforen zum Thema „Die wirtschaftliche und soziale Zukunft Europas“ werden in neun deutschen Städten von der Europäischen Akademie Berlin durchgeführt und von der Europa-Union Deutschland unterstützt: Berlin, Bremen, Haldensleben, Heidelberg, Mönchengladbach, Neu-Isenburg, Potsdam, Suhl, Würzburg.

Der Auftakt fand am 10. und 11. Oktober in Potsdam statt. Etwa 70 Bürgerinnen und Bürger diskutierten im Potsdamer Rathaus über Umweltschutz, Sozialstandards, Chancengleichheit und Migration in Deutschland und Europa. Zum Abschluss formulierten die Teilnehmer eine Bürgererklärung, die sie den anwesenden Politikern übergaben.

Die Europäischen Bürgerforen werden nicht nur in Deutschland abgehalten, sondern finden auch in anderen Städten der Europäischen Union statt. Mehrere tausend Menschen bringen auf diesem Weg ihre konkreten Forderungen an die Politik zum Ausdruck. Ziel der Bürgerforen ist es, Europa vor Ort erfahrbar zu machen, einen Bezug zwischen der EU und der Lebenswirklichkeit der Menschen herzustellen sowie den Austausch zwischen Bürgern und Entscheidungsträgern zu intensivieren.

4.3 „Europäischer Abend“: Kooperation mit dem deutschen beamtenbund und tarifunion und der Europäischen Kommission

Der „Europäische Abend“ hat sich inzwischen zu einem erfolgreichen Veranstaltungsformat in der Bundeshauptstadt entwickelt. Entscheidungsträger und Multiplikatoren aus dem politischen Berlin werden gemeinsam von Europa-Union Deutschland, dbb und seit Anfang 2008 auch von der Europäischen Kommission regelmäßig in das dbb forum in Berlin-Mitte eingeladen. Die Europäischen Abende befassen sich mit aktuellen und spannenden europapolitischen Themen. Hochrangige Gäste aus Brüssel, Straßburg und EU-Staaten diskutieren mit deutschen Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Medien. Die Vorträge, Streitgespräche und Podiumsrunden behandeln europäische Fragen, auf die noch Antworten zu finden sind. Die Europäischen Abende bieten ihren ausgesuchten Gästen die Chance, neue Kontakte zu knüpfen, alte Verbindungen neu zu beleben und sich auszutauschen. Der dbb club, in dem die Abende ausklingen, bietet dafür einen stilvollen und intimen Rahmen. Von den Europäischen Abenden können Anregungen für die europäische Arbeit und die Interessenwahrnehmung im europapolitischen Bereich ausgehen. Im Rahmen der Veranstaltungsreihe wurden bisher die „Zukunft des Europäischen Sozialmodells“, der „Bürokratieabbau in Europa“, das „Für und Wider einer europäischen Wirtschaftsregierung“, die „Mindestlohn-debatte“, die „Chancen für junge Menschen in Europa“ und „Schengen nach der Erweiterung“ diskutiert. Mit 200 bis 250 Teilnehmern finden die Europäische Abende eine erfreuliche Resonanz.

Die nächste Veranstaltung in dieser Reihe findet am 17. Dezember 2008 statt. Dann geht es um die Frage „Globalisierung light: Bietet Europa einen dritten Weg?“

4.3.1 „Europa-Union greift Mindestlohndebatte auf“

12.12.07

Der Luxemburger Arbeitsminister Francois Biltgen referierte beim vierten Europäischen Abend über Mindestlohnstandards und ihre Auswirkungen im Großherzogtum. Anders als in Deutschland ist dort der Mindestlohn kein Thema, weil seit 1973 Mindeststandards gelten und im Turnus von 2 Jahren der nationalen Lohnentwicklung angepasst werden. Biltgen sprach sich für ein EU-weites Recht auf Mindestlöhne aus. Dafür führte er neben sozialpolitischen Argumenten (Solidarität, Sozialpartnerschaft und Vorrang von Arbeit vor Beschäftigung) auch wirtschaftliche Aspekte an. Denn einen globalen Konkurrenzkampf um das günstigste Lohnniveau könne Europa nur verlieren. Europa sei dazu verdammt, eine Hochlohnregion zu bleiben, deshalb müsse vor allem in Innovation, Bildung und Forschung investiert werden.

4.3.2 „Raus von Zuhause – Chancen für junge Menschen in Europa“

02.04.08

Der fünfte Europäische Abend stand unter dem Leitmotiv „Raus von Zuhause – Chancen für junge Menschen in Europa“ und bot Schülern und Studierenden ein reichhaltiges Informationsangebot zu Arbeitsmarktchancen und Studienoptionen in Europa. Die EU-Kommission informierte über die Chancen im EU-Binnenmarkt allgemein und die Rekrutierung bei den EU-Institutionen im Besonderen. Des Weiteren standen EU-Arbeitsmarktexperten der Bundesagentur für Arbeit (ZAV), des DAAD, von Eurodesk und weiteren Institutionen und Verbänden zur Verfügung. Hauptrednerin des Abends war Bundesministerin Dr. Annette Schavan. Im Anschluss fand eine Podiumsdiskussion zu Chancen und Problemen junger Menschen auf dem europäischen Arbeits- und Ausbildungsmarkt statt. Da dieses Veranstaltungsangebot eine unerwartet hohe Teilnehmerresonanz bei den Jugendlichen fand, ist es für 2009 wieder in die Jahresplanung aufgenommen worden.

4.3.3 „Schengen nach der Erweiterung“

15.10.08

Zum 6. Europäischen Abend zog Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble eine erste Bilanz zum Schengenraum nach der Erweiterung. Schengen sei ein Zugewinn an Freiheit, betonte der Minister. Er widersprach der These von einer „Festung Europa“: Freiheit und Sicherheit seien keine Gegensätze, sondern bedingen einander, so Schäuble. In einer anschließenden Diskussionsrunde kamen Fachleute und „Praktiker“ aus den deutschen Sicherheitsbehörden und den neu geschaffenen europäischen Institutionen Europol und Frontex zu Wort. Sie gaben Einblick, wie sich die Kooperation der Schengenstaaten auf dem Gebiet der polizeilichen Zusammenarbeit und bei der Sicherung der Außengrenzen in der Praxis darstellt und welche Aufgaben die europäischen Agenturen dabei haben. Das Publikum nahm die Gelegenheit wahr, Fragen an die Experten zu stellen.

5 Organisation

5.1 Mitglieder

Die Mitgliederzahl (16.296) bewegt sich 2008 auf ähnlichem Niveau wie in den beiden Vorjahren. Dabei ist der Landesverband Bayern erstmals wieder mit „echten“ Mitgliederzahlen berücksichtigt worden. Die Bilanz ohne den bayerischen Landesverband fällt positiv aus: vor allem dank des erfreulichen Mitgliederzuwachses im Verband Brüssel und im Landesverband Baden-Württemberg, aber auch in 3 weiteren Landesverbänden – Berlin, Saar und Hessen. Hinzu kommt, dass sich der Landesverband Brandenburg, dessen Mitgliederzahlen noch nicht in die Statistik eingeflossen sind,

wieder neu konstituiert hat. Auch wenn sich abzeichnet, dass der negative Trend in der Mitgliederentwicklung zum Stillstand gekommen ist, sind aber auch deutliche Verluste in mehreren Landesverbänden zu verzeichnen.

Die vollständige Umsetzung der Doppelmitgliedschaft bei EUD und JEF und die Umsetzung der gemeinsamen Mitgliederdatenbank, die der Kongress 2007 schon beschlossen hatte, sind wichtige Maßnahmen, um eine nachhaltige positive Entwicklung bei den Mitgliederzahlen zu befördern.

5.2 Gremien

5.2.1 Präsidium und Bundesausschuss

5.2.2 Präsidium

Staatssekretär Peter Altmaier MdB wurde vom 53. Kongress in Hamburg einstimmig als Präsident der Europa-Union bestätigt. Im Ergebnis der Wahlen auf dem 53. Kongress am 2.12.07 und dem Bundesausschuss am 23.2.08 gehören dem Präsidium außerdem an: die Vizepräsidenten Ernst Johansson, Ulla Kalbfleisch-Kottsieper und Thomas Mann MdEP, Schatzmeister Dr. Franz Schoser, und als weitere Mitglieder: Ernst-Ludwig Göpfert, Dr. Lutz Hager, Marco Hardt, Dr. Heinrich Hoffschulte, Hildegard Klär, Michael Georg Link MdB, Jürgen Lippold, Elke Pütz, Heide Rühle MdEP, Heinz-Wilhelm Schaumann, Prof. Dr. Siegmund Schmidt, Dr. Otto Schmuck, Prof. Dr. Martin Seidel, Rainer Wieland MdEP, Wolfgang Zapfe.

Nach Zustimmung des Bundesausschusses im Februar 2008 wurden in das Präsidium außerdem als Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens kooptiert: Staatsminister Günter Gloser MdB, Gunter Krichbaum MdB, Botschafter a.D. Dr. Dietrich von Kyaw, Jo Leinen MdEP, Rainer Steenblock MdB.

Ehrenpräsidenten: Elmar Brok MdEP, Präsident a.D. des Europäischen Parlaments Dr. Egon A. Klepsch, Bundespräsident a.D. Walter Scheel; Ehrenmitglieder: Arno Krause, Horst Seefeld, Senator a.D. Prof. Dr. Hans-Joachim Seeler

Das Präsidium trat im Berichtszeitraum dreimal zusammen: am 22.02.08, 17.05.08 und 19.09.08.

5.2.3 Bundesausschuss

Dem **Bundesausschuss** gehören an: Franz Josef Klein als Vorsitzender, die stellvertretenden Vorsitzenden Prof. Dr. Joachim Gasiel und Rainer B. Giesel, die persönlichen Mitglieder: Reinhard Burdinski, Inge Dohrmann-Nowak, Prof. Dr. Joachim Gasiel, Rainer B. Giesel, Roland von Hunnius MdL, Enrico Kreft, Dieter Lubeseder, Dr. Hans Pragst, Axel Schäfer MdB, Dr. Jutta Schmitz-Rixen, Wolfgang Schulze, Wolfram Schulz-Streeck, Albert Seiz, Florian Ziegenbalg, Matthias Zürl.

Die Mitglieder des Bundesausschusses wurden am 23.2.08 gewählt.

Der Bundesausschuss trat im Berichtszeitraum zweimal zusammen: am 23.2.08 und 17.5.08.

5.2.3.1 Tagung des Bundesausschusses am 23.02.08 in Hannover

Erstmalig hat die Europa-Union Deutschland einen gemeinsamen Bundesausschuss mit der JEF Deutschland veranstaltet. In 4 Arbeitsgruppen (Strategie, Europawahlen, Bildung/Kultur/Sprachen, Erweiterung) wurden die Aspekte der Mitgliederarbeit, die Vorbereitung der Europawahlkampagne und inhaltliche Debatten geführt.

Der Bundesausschuss forderte die Bundesregierung auf, möglichst rasch eine konsolidierte Fassung des Vertrages über die Europäische Union und des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union nach den Änderungen durch den Vertrag von Lissabon bereit zu stellen. Zudem wurde angeregt, die aus Anlass der 50. Wiederkehr der Unterzeichnung der Römischen Verträge von den EU-Staats- und Regierungschefs im März 2007 verabschiedeten „Berliner Erklärung“ in hoher Auflage zu veröffentlichen und allen Schulen zur Verfügung zu stellen.

5.2.3.2 Tagung des Bundesausschusses am 17.5.08 Berlin

Der Bundesausschuss forderte die Bundesregierung auf, alle Handlungsspielräume zu nutzen, um für die Europawahlen 2009 in Deutschland zu werben und zivilgesellschaftliche und überparteiliche Gruppen in ihrer europapolitischen Informations- und Öffentlichkeitsarbeit - wie schon früher - finanziell zu unterstützen. Dieser Aufruf ging auf eine Initiative der Europa-Union Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag zurück.

Zudem wurde eine Beschlussvorlage der AG Verfassung verabschiedet. Darin wird begrüßt, dass durch den Reformvertrag von Lissabon die Führungsämter der Europäischen Union gestärkt werden. Bei der Besetzung sollten die Frage der Kompetenz und Qualität der Kandidaten sowie die Fähigkeit im Vordergrund stehen, dem Zusammenwirken sämtlicher Organe der Union im Gemeinschaftsgeist zu dienen. Europäische Führungspersonalitäten müssten die Fähigkeit haben, Europa seinen Bürgerinnen und Bürgern zu vermitteln, und über europaweite Ausstrahlungskraft verfügen, so Botschafter a.D. Dr. Dietrich von Kyaw, Sprecher der Arbeitsgruppe Verfassung der Europa-Union Deutschland. Weiter forderte der Verband alle Parteienverbände auf, ihre Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten und des Hohen Vertreters für Außen- und Sicherheitspolitik rechtzeitig zu benennen. Dadurch würden die Wähler in die Lage versetzt, ihre Entscheidung bei den Europawahlen auch an diesem Personalangebot zu orientieren.

Siehe auch AG Europawahlen, AG Verfassung und Parlamentariergruppe im deutschen Bundestag

5.2.4 Kongress

Der 53. Kongress der Europa-Union Deutschland tagte am 02. Dezember 2007 in Hamburg. Die Delegiertenversammlung fand im Anschluss an eine öffentliche Bürgerkonferenz in der Handelskammer Hamburg statt. Im Vorfeld des Kongresses hatte das Präsidium angeregt, ein vom Hamburger Landesverband vorgelegtes Papier als „Hamburger Impuls“ zur Diskussion in die Landesverbände zu geben, um einen Konsultationsprozess mit der Basis zum künftigen Selbstverständnis des Vereines in Gang zu bringen.

Der Leitantrag des Kongresses sollte die Positionierung der Europa-Union zur Regierungskonferenz im Dezember darstellen. Neben den inhaltlichen Debatten wurden in Hamburg mit den Wahlen ins Präsidium auch personell die Weichen für die nächsten beiden Jahre der Verbandsarbeit gestellt.

Die Delegiertenversammlung verabschiedete Beschlüsse zu folgenden Themen:

1. Den Vertrag von Lissabon ratifizieren - Die europäische Einigung
1. voranbringen
2. Europa als Friedenssicherung
3. EU-Förderung öffentlich machen
4. "Hauptstadt der Europabeteiligung"
5. Europäische Nachbarschaftspolitik Wettbewerb
6. Afrika – EU
7. Europäische Meerespolitik aktiv vorantreiben
8. Europa im Rahmen der Curricula
9. Städtepartnerschaften
10. Erarbeitung eines deutsch-polnischen Geschichtsbuchs
11. Europawahl-Kampagnen
12. Informationskampagne Energieversorgung/Klimaschutz
13. Weiterverfolgung Roaming-Gebühren

Siehe auch Vorlage „Nachverfolgung der Beschlüsse“ und unter: www.europa-union.de >Politik > Beschlüsse

5.3 Arbeitsgruppen

Die Europa-Union Deutschland hat seit 2008 6 Arbeitsgruppen auf Bundesebene. Sie tagen im Rahmen des Kongresses und des Bundesausschusses. Durch E-Mail-Diskussionsgruppen und weitere dezentrale Tagungen wird zwischen den Gremien für die Kontinuität der Debatten und die Einbindung möglichst weiter Kreise der Europa-Union Deutschland gesorgt.

Die Sprecher/innen übernehmen die Koordination der Arbeit. Zusätzliche Treffen werden dezentral über die Sprecher/innen organisiert.

Die Mitarbeit ist grundsätzlich für Mitglieder der Europa-Union Deutschland offen, bevorzugt für Vertreterinnen und Vertreter der Landesverbände, des Bundesausschusses, des Präsidiums.

Die Arbeitsgruppen haben ihre Arbeit im Berichtszeitraum fortgeführt.

5.3.1 Energie

Sprecher: Dr. Hermann Kuhn/ Heinz Schaumann

Zum ersten Mal kam die AG im Rahmen der Bundesausschusssitzung am 17. Mai in Berlin zusammen und erhielt durch den Gastreferenten Severin Fischer, Institut für Europäische Politik, umfassende Einstiegsinformationen für weitere Diskussionen.

Dem Präsidium wurde am 19.9. eine Beschlussvorlage zur EU-Energiepolitik vorgelegt, die weiter diskutiert werden soll.

www.europa-union.de >Arbeitsgruppen >AG Energie

5.3.2 EU-Erweiterung

Sprecher: Ernst Johansson/ Jürgen Lippold

Am 23. 2. kam in Hannover die AG „Erweiterung“ zu ihrer 2. ordentlichen Sitzung zusammen. Zur Diskussion standen die Vorbereitungen für die Durchführung einer Konferenz zum Thema „Die Grenzen Europas“ mit den Botschaftern aller potenziellen Beitrittskandidaten und die Aktualisierung des von Ernst Johansson vorgelegten Arbeitspapiers zum selben Thema. Da etwa 20 Mitgliedsstaaten des Europarates als potenzielle Beitrittskandidaten in Frage kommen könnten, einigten sich die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft darauf, drei kleinere Konferenzen mit den Botschaftsvertretern von jeweils 6 bis 8 Staaten durchzuführen. Die erste Botschafterkonferenz sollte im Oktober stattfinden, musste aber aus organisatorischen Gründen auf das nächste Jahr verschoben werden. Die erzielten Ergebnisse der Konferenz sollen dokumentiert werden. Das wird zum einen als downloadfähige Dokumente im Internet (u. a. bei WIKIPEDIA) und – falls die entsprechenden Mittel akquiriert werden können – auch als Broschüre verfügbar sein.

Bei der Diskussion darüber, was einen europäischen Staat ausmacht und welches die entsprechenden Voraussetzungen für eine EU-Mitgliedschaft sind, wurden folgende Punkte festgehalten:

- die in Art. 49 des EU-Vertrages festgelegten Bedingungen einhalten,
- die Grundsätze des Art. 6 des EU-Vertrages achten und
- die Kopenhagener Kriterien, die in Lissabon um zwei weitere Kriterien (Gleichberechtigung der Geschlechter und Toleranz) erweitert wurden, erfüllen.

Die Arbeitsgruppe weist in diesem Zusammenhang auch darauf hin, dass die Europäische Union vor allem auch eine Wertegemeinschaft ist (siehe Abschnitt II der von der EUROPA-Union verfassten Charta der Europäischen Identität) und dass diese Werte von allen beitriftswilligen Staaten akzeptiert, angewendet und gefördert werden müssen.

www.europa-union.de >Arbeitsgruppen >AG EU Erweiterung

5.3.3 Soziales Europa

Sprecher: Rainer Klemz/ Heinz Schaumann

Während im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Europäischen Union die Integration seit dem Vertrag von Rom weit fortgeschritten ist, blieb die Sozialpolitik ein „Stiefkind Europas“. Für die Bürgerinnen und Bürger haben die sozialpolitischen Themen, die ihr Leben unmittelbar betreffen, aber höchste Priorität. Die Absicherung elementarer Lebensrisiken, die öffentliche Daseinsvorsorge und geregelte Arbeitsbedingungen sind Teil der europäischen Wertegemeinschaft. Angesichts der Erkenntnis, dass die globalen Herausforderungen an den Sozialstaat von keinem Land Europas allein bewältigt werden können, will die AG konkrete Vorschläge für die Weiterentwicklung des europäischen Sozialmodells erarbeiten. Grundlage hierfür sollen die Erörterung der bisherigen und künftigen Kompetenzen der EU in der Sozialpolitik und ein Vergleich der sozialpolitischen Situation in den EU-Mitgliedsstaaten sein.

www.europa-union.de >Arbeitsgruppen > AG Soziales Europa

5.3.4 Kultur / Bildung/ Sprachkompetenz

Sprecher: Hildegard Klär/Dieter Lubeseder

Wolfram Schulz-Streeck

Das Ziel der Arbeitsgemeinschaft ist die Stärkung der deutschen Sprache in allen EU-Kontexten, die Bestandsaufnahme zur Fremdsprachenkompetenz der Deutschen mit Blick auf ihre Europafähigkeit und Lobbyarbeit für die Implementierung von Forderungen aus dem Beschluss „Den Europäischen Bildungsraum gestalten“.

Die Mitglieder der AG hatten sich darauf geeinigt, eine Bestandsaufnahme der Fremdsprachenpolitik in der Bundesrepublik zu erarbeiten; ein aufwendiges Vorhaben, variiert diese doch von Bundesland zu Bundesland nicht unerheblich. Ein erstellter Fragenkatalog zielte auf die frühe Fremdsprachenerziehung von den Kindertageseinrichtungen aufwärts, die Erziehung zur Mehrsprachigkeit durch den bilingualen Unterricht, den Unterricht in nichtdeutscher Muttersprache, also in den Herkunftssprachen für Zuwanderer.

Die Recherche wurde arbeitsteilig von den Mitgliedern in ihren jeweiligen Bundesländern mit Hilfe der Kultusministerien erstellt. In einem vorgelegten Paper rief die AG dazu auf, Mehrsprachigkeit und Sprachenvielfalt in Europa noch stärker zu fördern.

Es gilt stärker als bisher, früh die natürliche Lernbereitschaft der Kinder zu nutzen, die Lernbereitschaft zu stimulieren durch flexible Lernorganisation des Fremdsprachenunterrichts auf dem Weg zum Schulabschluss und dabei die erforderlichen Ressourcen bereitzustellen. Es gilt, für die Lernbereitschaft im Studium und die Pflege der Fremdsprachenkompetenz in den ersten Berufsjahren ein größeres Bewusstsein zu entfalten, damit beruflich Optionen ausgeschöpft werden können im Sinne lebenslangen Lernens.

Auf der Sitzung der Arbeitsgruppe am 23. Februar wurden unter lebhafter Beteiligung der JEF der Begriff Identität und seine Verwendung im Papier sowie Esperanto als eine europäische Verkehrssprache kontrovers diskutiert. Das Bekenntnis zu einer Identität bedürfe immer wieder einer Selbstvergewisserung und unterliege einem Prozess. Sie bedürfe auch einer Gegenidentität wie der nationalen zur europäischen oder zur regionalen. Wiederholt wird auf die Charta der europäischen Identität verwiesen. Die Beherrschung von Fremdsprachen selbst schüfe keine europäische Identität.

Neben diesen Themen wurden der Entwurf Fremdsprachliche Kompetenz erwerben, pflegen und erweitern, die Bildung einer Untergruppe „Europaschulen“ sowie ein Betrag der AG zum interkulturellen Jahr behandelt. Es gründet auf einer Recherche zur Fremdsprachenpolitik der Länder und der von Hildegard Klär initiierten Anfrage zum Thema im hessischen Landtag. Das als Aufruf an die Länder konzipierte Papier fordert, die Chancen für den Frühbeginn des Fremdsprachenerlernens zu nutzen, mehr Unterricht in Herkunftssprachen zu erteilen, den anwendungsbezogenen Sachunterricht in der Fremdsprache (bilingualer Unterricht) deutlich auszuweiten und dafür auch die Lehrkräfte auszubilden. Die Begegnung mit der Fremdsprache, so das Ergebnis, soll im „Kitabereich“ und in den ersten beiden Grundschuljahren Vorrang haben vor aufsteigendem Unterricht. Einige JEF-Vertreter sahen Angebote für eine dritte oder gar vierte Fremdsprache eher skeptisch. Beide Papiere wurden dem Präsidium zugeleitet werden.

Während der Bundesausschusstagung in Berlin kam die Arbeitsgruppe nicht zusammen. Stattdessen erörterten die AG-Sprecher Hildegard Klär und Dieter Lubeseder gemeinsam mit Michael Hacker, beim Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland u.a. verantwortlich für das Dossier Kultur, Ideen und Möglichkeiten, im Jahr des interkulturellen Dialogs 2008 eine Veranstaltung zu organisieren. Aus vielerlei Anlass, nicht zuletzt aufgrund der Diskussionen auf dem Bundesausschuss in Hannover, wurde die Idee aufgegriffen, die Problematik Europäische Identität(e)n bzw. Identitäten in Europa in einem Rededuell diskutieren zu lassen. So wurden mögliche Referenten und Veranstaltungsorte diskutiert. Finanziert werden sollte das Projekt durch Mittel der Kommissionsvertretung in Deutschland, die in diesem Zeitraum eine passende Ausschreibung veröffentlicht hatte. Bedauerlicherweise konnte das Projekt bis heute nicht realisiert werden, da die Europa-Union den Zuschlag für die Finanzierung nicht bekommen hat. Aus Eigenmitteln können die Kosten derzeit nicht getragen werden. Nichtsdestotrotz sollten weitere Finanzierungsmöglichkeiten geprüft werden, um das Rededuell vielleicht 2009 zu realisieren.

Die Bildung einer Untergruppe „Europaschulen“ ist geplant.

Im Ergebnis ihrer Arbeit hat die AG dem Kongress zwei Anträge vorgelegt.

www.europa-union.de >Arbeitsgruppen >AGKultur/Bildung/Sprache

5.3.5 Verfassung

Sprecher: Dr. Otto Schmuck/Dr. Dietrich von Kyaw

Die Arbeitsgruppe besteht bereits seit dem Jahr 2000. Ihr gehören rund 30 Mitglieder an. Sprecher sind Botschafter a.D. Dr. Dietrich von Kyaw und Dr. Otto Schmuck (beide Berlin). Hauptaufgabe der Arbeitsgruppe ist die Begleitung des EU-Reformprozesses und in diesem Zusammenhang die Ausarbeitung von Ideen und Anregungen zur Stimulierung dieses Prozesses.

Die Arbeitsgruppe hat zwei Beschlussvorlagen für den Bundesausschuss erarbeitet, die in entsprechenden Beschlüssen mündeten.

Weitere Infos, auch zu de Beschlüssen unter: www.europa-union.de >Arbeitsgruppen >AG Verfassung

5.3.6 Europa-Wahlen 2009

Sprecher: Ulla Kalbfleisch-Kottsieper / Thomas Stöling

Die Arbeitsgruppe hat sich im Berichtszeitraum mit der Vorbereitung der Europawahlkampagne befasst. Ausgehend von den Beschlüssen des Hamburger Kongresses hat sie die Debatte auch mit der JEF im Rahmen der Bundesausschusssitzung in Hannover weitergeführt. Die augenblickliche Ratifizierungskrise des Europäischen Verfassungsvertrages und die seit 1979 ständig sinkende Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, sich an den Wahlen zum europäischen Parlament zu beteiligen, sind eine ernste historische Herausforderung für alle politischen Akteure des Europäischen Integrationsprozesses. Herausgefordert sind nicht nur die Regierungen - als bisher am deutlichsten erkennbare Akteure der Fortentwicklung des europäischen Gemeinschaftsrechtes - sondern vor allem auch die nationalen/regionalen Parlamente, die nationalen/regionalen Parteien und die jeweiligen europäisch orientierten zivilgesellschaftlichen Organisationen, wie zum Beispiel EUD und EBD. Diese Herausforderung bedeutet vor allem, die nationale Debatte auf allen Ebenen staatlicher und nichtstaatlicher Präsenz zu „europäisieren“, und sie bedeutet darüber hinaus auch, sich selbst der wirklichen europäischen Auseinandersetzung mit vergleichbaren Organisationen in den anderen Mitgliedstaaten der EU zu stellen.'

Siehe auch www.wikipolitik.eu

Siehe auch: www.europa-union.de >Arbeitsgruppen >AG Europa-Wahlen 2009

5.3.7 Strategie

Thomas Mann MdEP/Jan Schubert

Die AG behandelt fortlaufend den verbandspolitischen Kongressbeschluss von 2005, der die strategische Ausrichtung der Europa-Union Deutschland überprüft. Im Berichtszeitraum stand die Mitgliederkampagne und damit die Weiterverfolgung der Beschlüsse des Hamburger Kongresses zur Einführung einer zentralen Mitgliederdatenbank und zur Umsetzung der Doppelmitgliedschaft von JEF und EUD im Mittelpunkt.

Auf der Grundlage der Vorarbeit der AG hat das Präsidium dem Kongress einen Antrag zur Doppelmitgliedschaft vorgelegt.

Zudem wurden mehrfach Anregungen zur Verbandsarbeit vor Ort in der AG diskutiert. Es ist geplant, Tipps und Tricks zusammenzutragen und in einer Broschüre zur Verbandsarbeit zusammenzufassen.

www.europa-union.de >Arbeitsgruppen >AG Strategie

5.3.8 EuroProfessionell – die Hauptstadtgruppe der Europa-Union

Die Europa-Union Deutschland hat eine neue Initiative gestartet. Die AG EuroProfessionell soll Mitglieder der Europa-Union in Ministerien, Lobbyverbänden und Nichtregierungsorganisationen zusammenführen und miteinander vernetzen. Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft sollen sich austauschen und die Ziele der Europa-Union innerhalb der Bundesrepublik fördern. Durch das Netzwerk entsteht ein neues Serviceangebot der EUD. Die Bündelung und Vernetzung soll zu einer Intensivierung der Europakommunikation in den einzelnen Organisationen, Verbänden, Behörden, Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen beitragen.

AG EuroProfessionell ist die Hauptstadtgruppe der Europa-Union, die voraussichtlich im Frühjahr 2009 offiziell gegründet wird. Sie richtet sich speziell an Mitglieder der Europa-Union, welche sich in Berlin beruflich mit europäischen Themen befassen. Die Gruppe spricht Personen aus allen Berufsfeldern an, die sich professionell mit Europa und der Europäischen Union beschäftigen.

Außerdem wendet sie sich an überzeugte Europäer, die den Europagedanken verinnerlicht haben und sich für die europäische Integration stark machen. Als begeisterte Europäer stehen die Mitglieder zu den europäischen Werten und setzen sich für deren Durchsetzung und Bewahrung ein.

AG EuroProfessionell schafft ein persönliches und hierarchiefreies Netzwerk von Europa-Experten in der Bundeshauptstadt und treibt damit den Austausch und die EU-Kompetenz einzelner Akteure und ihrer Organisationen voran. Dadurch soll auch die Kommunikation von Europathemen zwischen den Mitgliedern gefördert werden. Es wird ein Think Tank gebildet, der Europapolitik mittels Expertise und konkreten Empfehlungen gestaltet. Auf diese Weise soll die Europafähigkeit Deutschlands nachhaltig verbessert und ausgebaut werden.

Die Arbeitsgemeinschaft organisiert verschiedene exklusive Veranstaltungen zu aktuellen europäischen Fragen. Auf den zweimal jährlich stattfindenden Soirées Européennes tauschen sich die Mitglieder in lockerer Atmosphäre über grundlegende und aktuelle Europathemen aus. Mit der Veranstaltungsreihe *Europa Plus* soll ein herausgehobener Rahmen geschaffen werden, in dem sich hochrangige Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft zur freien Diskussion treffen.

AG EuroProfessionell kooperiert insbesondere mit den Landesverbänden Berlin und Brandenburg und strebt eine enge Kooperation mit der Europa-Union Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag an. Auch der Jugendverband JEF soll in die Arbeit der Hauptstadtgruppe eingebunden werden.

Die Europa-Union hat Mitglieder in vielen Positionen der Bundespolitik. Bestes Beispiel hierfür ist die Parlamentariergruppe von über 126 Bundestagsabgeordneten. Das Präsidium der Europa-Union hat nun den Weg für eine neue Gruppe frei gemacht, die die Arbeit der Landesverbände und des Bundesverbandes ergänzen soll.

Es wird eine Impulsgruppe eingesetzt, bestehend aus Europa-Unions-Mitgliedern in Ministerien, Lobbyverbänden und Nichtregierungsorganisationen. Die AG Bund spricht diejenigen an, die beruflich mit

Angelegenheiten der EU befasst sind. Diese sollten Mitglieder der EUD sein oder es werden. Durch das Netzwerk entsteht ein neues Serviceangebot der EUD, das es bisher so nicht gibt. Die Bündelung und Vernetzung wird zu einer Intensivierung der Europakommunikation in den einzelnen Organisationen, Verbänden, Behörden, Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen etc. beitragen. Ein entsprechendes Konzeptpapier der Impulsgruppe hat das Präsidium positiv zur Kenntnis genommen.

Mitglieder der vom Präsidium eingesetzten Impulsgruppe sind: Silke Albin, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie; Dr. Ulrike Guérot, Leiterin des Büros European Council of Foreign Relations; Irene Hahn, Wissenschaftliche Mitarbeiterin Rainer Steenblock MdB; Christian Moos, Leiter der Staatsstelle Europa des Deutschen Beamtenbundes und Tarifunion; Dr. Oliver Vogt, Referent Deutscher Bundestag, derzeit Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; Dirk Schattschneider, Stv. Leiter Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen beim Bund; Dr. Joachim Wuermeling, Staatssekretär a.D., Bevollmächtigter für europäische und internationale Angelegenheiten, Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft)

www.europa-union.de >Arbeitsgruppen >AG Europrofessionell

siehe auch Europa-Union Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag

5.4 Parlamentarische Initiativen

Die Europa-Union unterstützt die parlamentarische Dimension der europäischen Integration und setzt sich aktiv für den Dialog zwischen Bürgern und Parlamentariern ein. Sie hat ihre Aktivitäten im Bereich der parlamentarischen Arbeit im Berichtszeitraum verstärkt. So war die Europa-Union beispielsweise auch in Brüssel vertreten, als das Europäische Parlament am 08./09. November 2007 erstmals eine Agora durchführte. Das Europäische Parlament reagierte mit dieser neuen Veranstaltungsform auf die Forderungen nach stärkerer Einbindung der Bürgerinnen und Bürger und lud ein zum Dialog „Die Zukunft Europas: Herausforderungen, Chancen und durch die neuen Verträge geschaffene Instrumente“ befassen. Anfang nächsten Jahres werden im Rahmen einer zweiten Agora weitere Themen wie der Klimawandel und die soziale Dimension der EU erörtert.

5.4.1 Europa-Union Parlamentariergruppe im Europäischen Parlament

In der aktuellen Legislaturperiode sind 75 der 99 deutschen Abgeordneten des Europäischen Parlaments Mitglied der Europa-Union Deutschland. Die Parlamentariergruppe der Europa-Union im Europäischen Parlament setzt sich zusammen aus Mitgliedern von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, CSU, FDP, PDS und SPD. Rainer Wieland MdEP und Norbert Glante MdEP haben arbeitsteilig den Vorsitz der Parlamentariergruppe übernommen.

Rainer Wieland MdEP sprach sich als Sprecher der Europa-Union-Parlamentariergruppe im Europäischen Parlament für eine enge Zusammenarbeit zwischen der Berliner und der Brüsseler Gruppe aus. Gerade im Vorfeld der Bundestags- und Europawahlen 2009 böten sich vielfältige Betätigungsfelder.

Die weiteren Sprecher der Parlamentariergruppe sind Alexander Alvaro FDP/ALDE (Nordrhein-Westfalen), Michael Cramer Grüne/EFA (Berlin), Norbert Glante SPD/SPE (Brandenburg) und Rainer Wieland CDU/EVP (Baden-Württemberg)

① Im Internet: <http://www.europa-union.de> > Parlamentarische Initiativen > EP

Treffen der EUD-Parlamentariergruppe mit Medienvertretern in Straßburg 23/04 2008

Am 23. 04. 08 trafen sich mehr als 20 Abgeordnete der EUD-Parlamentariergruppe mit Medienvertretern in Straßburg

Es drehte sich um die Frage: „Sind wir schon auf der gleichen Wellenlänge oder müssen wir erst noch die gemeinsame Frequenz finden?“ Wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk Europa wahrnimmt und wie sich

Europa, insbesondere Europaparlamentarier, durch die Medien verstanden fühlen, war Gegenstand des Parlamentarischen Abends bei ARTE.

Die inzwischen 75 Mitglieder der 99 deutschen Europaabgeordneten umfassende Parlamentariergruppe der überparteilichen Europa-Union im Europäischen Parlament hatte gemeinsam mit ARD und ZDF in die Räumlichkeiten von ARTE nach Straßburg eingeladen. Fritz Raff (ARD-Vorsitzender und SR-Intendant), Peter Boudgoust (Intendant des SWR), Markus Schächter (Intendant des ZDF) und Gottfried Langenstein (ARTE-Präsident) sowie die Europakorrespondenten Udo van Kampen (ZDF) und Rolf-Dieter Krause (ARD) standen den kritischen Fragen der Europaparlamentarier nicht nur Rede und Antwort, sondern gaben auch Einblick in ihren täglichen, nicht immer ganz leichten Umgang mit Europa und seinen oftmals nur schwer zu vermittelnden Entscheidungen. Gerade auch im Hinblick auf die im nächsten Jahr anstehenden Europawahlen kreisten Gespräche und Diskussionen immer wieder um die Frage, wie eine europäische Öffentlichkeit geschaffen und Bürgerinnen und Bürger mehr Lust auf Europa gemacht werden kann.

Nach drei intensiven Stunden Diskussion bestand darin Einigkeit, dass beide Seiten - sowohl Medienvertreter als auch Europaabgeordnete - nur dann Europa medienpolitisch verwertbar machen können, wenn die Zusammenarbeit noch weiter intensiviert wird.

Im Vorfeld trafen sich die Mitglieder der Parlamentariergruppe, um zu den bisherigen Co-Sprechern Norbert Glante (SPD) und Rainer Wieland (CDU) 2 weitere Sprecher zu benennen. Alexander Alvaro (FDP) und Michael Cramer (Grüne) werden nun die beiden anderen Parteien in der Parlamentariergruppe vertreten. Die 4 Sprecher verständigten sich darauf, die Zusammenarbeit mit der Parlamentariergruppe im Bundestag zu verstärken

5.4.2 Europa-Union Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag

In Anlehnung an die EP-Parlamentariergruppe hat die Europa-Union 3. Juli 2007 auch die Bildung einer Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag offiziell vollzogen. Michael Link MdB (FDP) ist der erste Vorsitzende, er vertritt damit die derzeit 113 Mitglieder der Europa-Union im Deutschen Bundestag. Stellvertretende Vorsitzende sind die Abgeordneten Dr. Günter Krings (CDU/CSU), Johannes Jung (SPD) und Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Die Gruppe will die Europäisierung des Bundestages unterstützen und fraktionsübergreifend europapolitische Akzente setzen.

Europapolitik werde auch mit dem neuen EU-Reformvertrag zunehmend die innerdeutsche Fachpolitik bestimmen. Deshalb ist es eine große Chance, über die Europa-Unions-Mitglieder in den Fachausschüssen diesen Prozess europafreundlich zu begleiten. Der Präsident der Europa-Union, Peter Altmaier MdB, unterstrich die Bedeutung der Bundestagsgruppe für die Arbeit der Europa-Union. Die Basis vor Ort könne über ihre Wahlkreisabgeordneten in die europäische Arbeit des Bundestages eingebunden werden, der Bundesverband könne seine Kontakte in den Bundestag ausweiten.

In diesem Zusammenhang diskutierte Michael Link als Vorsitzender der Europa-Union Parlamentariergruppe im Bundestag am 24.10.07 bereits am Runden Tisch "EUropakommunikation" im Auswärtigen Amt mit Vertretern der Zivilgesellschaft zu dem Thema „Europawahl 2009: Wahl ohne Wähler? – Themen und Thesen zum Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern“.

① Im Internet: <http://www.europa-union.de> > Parlamentarische Initiativen > BT

5.4.2.1 Treffen der Parlamentariergruppe der Europa-Union Deutschland im Bundestag mit französischem Außenminister Kouchner am 20.04.08:

Nachdem der Bundestag mit großer Mehrheit den EU-Reformvertrag von Lissabon angenommen hat, konnte die Parlamentariergruppe der Europa-Union Deutschland im Bundestag sogleich mit dem französischen Außenminister Bernard Kouchner ein exklusives Hintergrundgespräch führen. Rund 70 Abgeordnete nutzten die Gelegenheit, mit Herrn Kouchner aktuelle Fragen der Europapolitik und Pläne der kommenden französischen Ratspräsidentschaft zu diskutieren. Moderiert wurde das Treffen von Johannes Jung MdB, stellvertretender Vorsitzender der Parlamentariergruppe.

Das Treffen mit dem französischen Außenminister fand im Rahmen einer Veranstaltungsreihe der überparteilichen Parlamentariergruppe der Europa-Union Deutschland statt. In dieser Reihe werden die jeweiligen EU-Ratspräsidenten eingeladen, um über die Schwerpunkte ihrer Präsidentschaft zu sprechen. Im November 2007 hatte die Parlamentariergruppe den slowenischen Außenminister Dimitrij Rupel zu Gast.

5.4.2.2 *Parlamentarisches Forum Europas Zukunft (PFEZ)*

Das Parlamentarische Forum Europas Zukunft (PFEZ) ist ein Diskussionsforum von Bundestagsabgeordneten aller Fraktionen und Ausschüsse, in dem wir uns aktuellen Fragen der europäischen Integration widmen. Das bisherige Parlamentarische Forum Europas Verfassung wurde umbenannt in Parlamentarisches Forum Europas Zukunft (PFEZ).

Diese erste PFEZ-Veranstaltung fand auf Initiative von Rainer Steenblock MdB unter dem Titel „EU-Nachbarschaftspolitik und unsere südlichen Mittelmeeranrainer“ im Europasaal des Paul-Löbe-Hauses statt.

Die intensive und erfolgreiche Zusammenarbeit im PFEZ mit Abgeordneten aus vier Fraktionen und der JEF hatte den Grundstein für die Parlamentariergruppe gelegt. Auf einem Arbeitstreffen am 17. April 2007 mit den Mitarbeitern der Bundestagsabgeordneten, die in der 16. Wahlperiode Mitglieder im PFEZ sind, wurden konkrete Schritte zur Bildung einer Parlamentariergruppe der Europa-Union im Bundestag und die weitere Planung der Parlamentarischen Foren besprochen.

Die Foren finden im Bundestag statt und stehen Abgeordneten bzw. Vertretern von Bundesregierung, Ländern und Wissenschaft offen. Organisatorisch und inhaltlich werden die Treffen von den beteiligten Bundestagsabgeordneten unterstützt. Aktuelle PFEZ-Mitglieder der 16. Legislaturperiode sind die Mitglieder der Europa-Union: Günther Krings MdB CDU/CSU, Michael Link MdB FDP, Michael Roth MdB SPD, Rainer Steenblock MdB Bündnis90/GRÜNE

① Im Internet: <http://www.europa-union.de> > Parlamentarische Initiativen > Parlamentarisches Forum

Die Internetplattform <http://www.wahlen-europa.de>, die 2005 eingerichtet wurde, dient perspektivisch der Vorbereitung auf die Europa-Wahlen 2009.

Siehe auch: www.pfez.jef.de und www.parlamentariergruppe.de

Parlamentarisches Forum am 09. März 2008:

Wege zur besseren Gesetzgebung in Europa

Rund 90 Gäste aus Politik und Wirtschaft folgten der Einladung der Parlamentariergruppe Bundestag der Europa-Union und den Jungen Europäischen Föderalisten, im Parlamentarischen Forum Europas Zukunft gemeinsam mit Prof. Dr. von Danwitz über Wege zur besseren Gesetzgebung in Europa zu diskutieren.

Als einziger deutscher Richter am EuGH gab Prof. von Danwitz aus Sicht der Gemeinschaftsjudikative einen Einblick in das Thema aus Sicht der Anwendenden. Gerade am Beispiel der Anti-Diskriminierungsrichtlinie illustrierte er Facetten und Schwierigkeiten, den politischen Prozess der Gesetzgebung und die Erfordernisse der Rechtsanwendung in Einklang zu bringen. Rechtssetzung und Rechtsanwendung sollten sich „auf Ihr Maß besinnen“. Leider könne man sich bei aller Notwendigkeit zur Rechtssetzung aufgrund oft divergierender Interessen oft einem Trend zum kleinsten gemeinsamen Nenner nicht entziehen. In der offenen Diskussion kamen neben der Folgenabschätzung auch das Spannungsverhältnis zwischen den nationalen Parlamenten und der Verhandlungsführung auf europäischer Ebene zur Sprache. Die anwesenden Parlamentarier wiesen selbstkritisch auch auf Versäumnisse des Bundestages hin, Verhandlungsträgern ein genauer definiertes Mandat mit auf den Weg zu geben.

5.4.2.3 *Initiative der Europa-Union Parlamentariergruppe im Deutsche Bundestag: Erstmals Europaflagge auf dem Reichstagsgebäude*

Auf dem Reichstagsgebäude in Berlin wehte anlässlich des Europatages erstmals die Europaflagge. Für die Europa-Union Deutschland ist das ein schöner Erfolg: Der überparteiliche Verband setzt sich

seit langem dafür ein, dass auf dem Reichstag die Europaflagge gehisst wird. Mit Bedauern hatte die Europa-Union Deutschland noch im Dezember 2007 zur Kenntnis genommen, dass die Regierungen im Vertrag von Lissabon auf die Benennung europäischer Symbole verzichtet haben. Bundesorgane und Länderregierungen wurden aufgefordert, die Europaflagge neben der Bundesflagge auch in Zukunft zu setzen.

Außerdem möchte der vierköpfige Vorstand der Parlamentariergruppe der Europa-Union im Deutschen Bundestag sich dafür stark machen, dass die Parteien in ihrem Europawahlkampf 2009 das Europaflagge einsetzen.

Siehe auch: Forderung der Bundestags-Parlamentariergruppe: Deutschlands und Europas Flagge gemeinsam auf den Reichstag

und <http://www.jef.de/index.php?id=6674>

5.5 Öffentlichkeits- und Medienarbeit

5.5.1 Pressearbeit

Presseerklärungen des Bundesverbandes im Berichtszeitraum:

02.12.07: Altmaier als Präsident der Europa-Union klar bestätigt

6.02.08: Europa-Union fordert einheitlichen EU-Vertragstext

13.06.08: Altmaier: Renationalisierung der EU verhindern!

5.5.2 Mitgliederzeitschrift „Europa aktiv“

Die Ausgaben 1-5/2008 sind turnusgemäß erschienen.

1/2008 EU-Präsidentschaft Sloweniens | EU-Parlament stimmte für Reform-Vertrag | Europa-Union zum Lissabon-Vertrag | „I want my flag back“ (JEF Aktion) | Mindestlöhne in Europa (4. Europäischer Abend in Berlin)

2/2008 Mehr Informationen erwünscht (Umfrage zum Europaparlament) | Europa nützt uns (Zum Beispiel als Student) | Was können wir Europa geben? (Aus dem Dachverband UEF) | Strategie-Europawahl-Bildung-Erweiterung (Aus den AGs des Bundesverbandes)

3/2008 Informationsarbeit vor den Europawahlen (Bundesausschuss fordert mehr Unterstützung) | „Raus von zu Zuhaus“ (5. Europäischer Abend) | Einladung zur Sommerakademie | Europa-Union Parlamentariergruppe

4/2008 Lissabon-Vertrag Spezial (Wie weiter nach dem Nein der Iren?) | Eurobarometer-Frühjahrsumfrage | Umsetzung von EU-Recht vorbildlich | Delors und Fischer diskutieren mit Zivilgesellschaft | Europäische Föderalisten sind aktiv

5/2008 EU prüft Umgang mit Russland | Europa nützt uns (Kommentar von Helmut Schilz) | Lackmuster der Demokratie (Kommentar von Ulla Kalbfleisch-Kottsieper) | „Wählt Europa“ – 55. JEF Bundeskongress | „Für ein Europa der Bürger“ – XXII. Kongress der UEF

Verantwortlicher Redakteur ist Heinz W. Schaumann.

① Im Internet: <http://www.europa-union.de> > Europa aktiv

5.5.3 Elektronischer Newsletter

Der Newsletter erreicht derzeit monatlich mehr als 4.350 Adressaten. Bisher ist im Jahr 2008 erstmals wieder im neuen System ein Newsletter erschienen. Alle Ausgaben sind auch auf der Internetseite des Verbandes einsehbar.

① Im Internet: <http://www.europa-union.de> > Politik > Publikationen

5.5.4 Internet

5.5.4.1 Europa-Union Deutschland Bundesverband - www.europa-union.de

Als wichtiges Instrumentarium für die europapolitische Informations- und Öffentlichkeitsarbeit der Europa-Union wurde die Internet-Präsenz des Verbandes im Berichtszeitraum weiter ausgebaut und verbessert mit dem Ziel,

- die Öffentlichkeitswirkung des Verbandes als europäische Bürgerinitiative zu erhöhen,
- neue Zielgruppen zu erschließen,
- interaktive Möglichkeiten der Information und Kommunikation anzubieten und
- den Zugang zum gesamteuropäischen Kontext zu erleichtern

Verbunden mit einer Steigerung des Bekanntheitsgrades und einem Imagegewinn für die Europa-Union ist ein höherer Stellenwert als wesentlicher Bestandteil der pro-europäischen Kräfte der Zivilgesellschaft in Deutschland. Im Rahmen dieses Aufbaus arbeitet die Europa-Union eng mit dem Netzwerk Europäische Bewegung konzeptionell, technisch und inhaltlich zusammen. In diesem Zusammenhang wird monatlich ein Newsletter verschickt, der mehr als 4300 Adressaten über die Aktivitäten des Bundesverbandes informiert.

Im Berichtszeitraum wurde vor allem die technische und inhaltliche Vernetzung der unterschiedlichen Online-Portale, die von der Europa-Union mitgetragen werden, weiter entwickelt. So ist es nun technisch möglich, die auf europatermine.de eingestellten Termine direkt auf der Hauptseite des Verbandes zu spiegeln. Ebenso werden auf den Unterseiten der Landesverbände die länderspezifischen Informationen von europatermine.de per RSS-Feed angezeigt.

Weiterhin ist es gelungen, den Kreisverband Hochtaunus mit einer Internetpräsenz zu versorgen, die auf die Infrastruktur des Netzwerks Europäische Bewegung zurückgreift. Auch der neu aufgestellte Landesverband Brandenburg, der bisher ohne Internetauftritt auskommen musste, wird Anfang 2009 eine Website erhalten, die auf das Layout des Bundesverbandes zurückgreift. Prinzipiell steht dieses Angebot der Zusammenlegung und Bereitstellung des kostenfreien Redaktionssystems Typo3 auch allen anderen Landes- und Kreisverbänden offen.

5.5.4.2 europatermine.de - www.europatermine.de

europatermine.de ist ein nichtkommerzielles Kooperationsprojekt des Netzwerks Europäische Bewegung Deutschland, der Europa-Union Deutschland und der Jungen Europäischen Föderalisten und wird unterstützt vom Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland.

Gestartet wurde europatermine.de im März 2001 als Veranstaltungskalender und Newsletter-Service für Berlin und Brandenburg von der Jungen Europäischen Bewegung, der JEF-Sektion für Berlin und Brandenburg. Dank der Kooperation mit vielen Organisationen aus Politik, Wissenschaft, Kultur und Wirtschaft sowie der finanziellen Unterstützung von CIFE und der Europa-Union Deutschland konnte im Januar 2006 der bundesweite Dienst gestartet werden.

Als offizieller Veranstaltungskalender der Aktion Europa, einer Initiative der Bundesregierung in Zusammenarbeit mit der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland und dem Informationsbüro des Europäischen Parlaments für Deutschland, wird europatermine.de seit September 2006 vom Auswärtigen Amt unterstützt.

Für die Europa-Union ergibt sich durch europatermine.de die Chance, ihre Veranstaltungen dem interessierten Publikum bundesweit anzukündigen. Das Generalsekretariat hat daher bereits 2007 alle

Landes- und Kreisverbände der Europa-Union zur Nutzung des Termindienstes aufgefordert. Durchschnittlich 40 Termine monatlich werden eingestellt. Die Nutzung des Angebots variiert zwischen einzelnen Verbänden jedoch stark. Um europatermine.de noch stärker in den Strukturen der Europa-Union zu verankern, sollen die Landesverbände Anfang 2009 erneut zur Nutzung eingeladen werden.

5.5.4.3 *Who's Your Candidate?* - who-is-your-candidate.eu

Das Ziel, für eine transparente Nominierung des Kommissionspräsidenten zu kämpfen hat sich die Kampagne „Who's Your Candidate“ der UEF gesetzt, die von der Europa-Union als deutscher Sektion unterstützt wird. In einem stetigen Dialog mit den europäischen und nationalen Parteien und durch öffentlichen Druck soll erreicht werden, dass die europäischen Parteienverbände ihre Kandidaten öffentlich benennen. Dies würde schließlich ein großes Stück Intransparenz auf europäischer Ebene beseitigen und zu mehr Sichtbarkeit des Wahlkampfes beitragen. Der Höhepunkt der Kampagne wurde beim 22. Kongress der UEF in Paris gesetzt, der unter dem Motto: „Für ein Europa der Bürger: Juni 2009 – Gebt uns die Wahl!“ gestellt wurde. Bis jetzt konnten bereits 1093 Unterschriften gesammelt werden.

5.5.4.4 *Wiki-Politik Europawahl* www.wikipolitik.eu

Keine andere Wahl ist so unterschätzt wie die Europawahl. Dies drückt sich nicht nur in der relativ geringen Wahlbeteiligung, sondern auch in der Unkenntnis über die Möglichkeiten der eigenen Wahl, der Kandidatinnen und Kandidaten, der Europawahlprogramme und der Macht des Europäischen Parlaments aus. Die proeuropäische und überparteiliche Europa-Union Deutschland und ihr Jugendverband JEF wollen dies ändern. Offen, transparent, dezentral und bürgernah sollen durch dieses Portal möglichst viele Unionsbürgerinnen und -bürger animiert werden, sich gemeinsam einen Überblick über die Bedeutung der Europa-Wahl zu verschaffen. Durch ehrenamtlichen Einsatz soll ein möglichst komplettes Bild über die Kandidatinnen und Kandidaten und ihre Programme zur Europawahl gegeben werden. Das Portal nutzt die Software von Wikipedia - ist aber unabhängig davon.

Die Mitarbeit steht allen Mitgliedern der Europa-Union Deutschland der Jungen Europäische Föderalisten und der Mitgliedern der europäischen Schwesterverbände in UEF und JEF offen. Jedes Mitglied von JEF und EUD bzw. UEF kann mitmachen - so laufen Informationen von der Basis in einer zentralen und transparenten Anlaufstelle zusammen. Für die Inhalte sind die einzelnen Autorinnen und Autoren verantwortlich. Korrekturen zum Text und Aufbau sollen nach dem bewährten Wikiprinzip erfolgen, d.h. in einem stetigen Prozess, bei dem aus vielen kleinen Beiträgen ein großes Ganzes entsteht.

Zum jetzigen Zeitpunkt wurde bereits die Grundstruktur des Portals angelegt sowie die bisher veröffentlichten Wahlprogramme der Bundesparteien eingestellt. Das Wiki wurde in der EUD-XING-Gruppe und über die Mailinglisten beworben, so dass bereits einige Mitglieder der Europa-Union sich zur Teilnahme registriert haben. Mit der Bekanntgabe der Kandidatenlisten durch die Bundesparteien zum Jahreswechsel erwarten wir eine große Resonanz und aktive Teilnahme aus den Reihen der EUD-Parlamentariergruppen.

5.5.4.5 *EUD-XING-Gruppe* - www.xing.com/net/eud

Die Europa-Union-Gruppe beim Internetnetzwerk XING zählt nunmehr über 570. Im Rahmen der Gruppenseite wurden zahlreiche Foren eingerichtet, in denen Mitglieder der Gruppe zu den unterschiedlichsten Themen diskutieren und Vorschläge einbringen. Weiterhin besteht die Möglichkeit, Gruppenmitglieder über ein spezielles Terminsystem zu konkreten Terminen und Zu- bzw. Absagen zu verwalten.

5.6 **Generalsekretariat und Service**

Ehrenamtlicher Generalsekretär der Europa-Union ist Bernd Hüttemann, hauptamtlich Generalsekretär des Netzwerks Europäische Bewegung Deutschland. Für das Generalsekretariat war im Berichtszeitraum die Bundesgeschäftsführerin, Birgit Kößling, tätig.

Zu den im Berichtszeitraum hervorzuhebenden Maßnahmen und Aktivitäten des Generalsekretariats gehörten neben der Außendarstellung des Verbandes, allgemeine Serviceleistungen für Bürger, Mitglieder und Untergliederungen sowie die Unterstützung und Assistenz der Tätigkeit des Präsidenten, Generalsekretärs und anderer Präsidialmitglieder; das Finanzmanagement und die Haushaltsführung, im Einzelnen:

- die Lancierung, Koordination, Betreuung und Präsentation der Aktionen auf Bundesebene
- die Organisation, Durchführung und finanzielle Absicherung der zentralen Veranstaltungen und Projekte des Bundesverbandes
- die Vor- und Nachbereitung, Organisation sowie Betreuung der Gremientagungen
- die Vor- und Nachbereitung sowie Organisation der Bundeskongresse,
- die Unterstützung der beim Bundesverband angesiedelten Kommissionen und Arbeitsgruppen
- die Unterstützung und Betreuung der parlamentarischen Arbeit
- Koordinierung und Realisierung von Maßnahmen und Serviceangeboten im Bereich der Öffentlichkeits- und Medienarbeit
- Bereitstellung von Materialien für die Basisarbeit und Kampagnenarbeit
- Haushaltsführung und Akquirierung, Verwaltung und Abrechnung von Finanz- und Projektmitteln,
- die Pflege, Koordination, Entwicklung der Beziehungen und Zusammenarbeit mit der JEF, der UEF, dem Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland und anderen Partnereinrichtungen und -organisationen.
- Erstellung einer Broschüre über die Aktivitäten des Verbandes (Selbstdarstellung)

Das Generalsekretariat hat für die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit und zur Unterstützung der Untergliederungen umfangreiche Serviceleistungen erbracht. Im Berichtszeitraum wurden zahlreiche Projekte, Aktionen und Veranstaltungen realisiert.

5.7 Jugend/JEF

Die Kooperation mit dem Jugendverband Junge Europäische Föderalisten Deutschland ist vielfältig: Sie reicht von der inhaltlichen Zusammenarbeit in den Bundesarbeitsgruppen (z. B. in der AG Verfassung) und den Gremien der Europa-Union, über die Lancierung gemeinsamer Kampagnen (Who's Your Candidate), die parlamentarische Arbeit (Zusammenarbeit beim Parlamentarischen Forum Europas Zukunft) bis zu gemeinsamen Projekten im publizistischen und medialen Bereich (www.euopatermine.de) und im Rahmen der Bildungs- und Jugendarbeit (SIMEP).

Die JEF ist in den Gremien der Europa-Union vertreten, bringt sich aktiv in die politisch-programmatische Arbeit ein und ist an den verbandspolitischen Entscheidungen beteiligt. Auf der geschäftsführenden Ebene bestanden im Berichtszeitraum gute Kontakte zwischen den beiden Bundessekretariaten im Rahmen der Bürogemeinschaft in der Sophienstraße in Berlin. Handlungsbedarf besteht vor allem in der Frage der abgestimmten/gemeinsamen Mitgliederbetreuung und der verstärkten Einbindung der Jugend in die Arbeit der Europa-Union.

Ferner soll die bereits sehr gute EUD/JEF-Kooperation in der parlamentarischen Arbeit der Europa-Union Deutschland intensiviert werden. Besonders Augenmerk wird in Zukunft auf die gemeinsame Nutzung der Büroinfrastruktur und der internen Kommunikationswege (wie z.B. E-Mail-Listen) gelegt. Das Prinzip einer verstärkten politischen Kommunikation soll es der JEF ermöglichen, relevante Stellen in der Bundespolitik (einschließlich ihres Erwachsenenverbandes) nachhaltig und in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Herausragendes Projekt der JEF im Berichtszeitraum war eine europaweite Aktion „I want my flag back“. Am 13. Dezember 2007 gingen Jugendliche auf die Straße, um die Symbole der Europäischen Union hochzuhalten und gegen die Streichung aus dem Reformvertrag zu protestieren. Gerade diese Symbole sind Identitätsträger für die Europäische Union und geben den Bürgern die Möglichkeit, Europa wahrzunehmen. Symbole sind eben gerade nicht unwichtiges Bauwerk aus juristischen Paragraphen, sondern die Identität Europas. Die Aktion wurde auch in fast 50 Städten darunter Berlin, Bremen, Stuttgart und Jena durchgeführt.

Ein weiterer Höhepunkt war der 55. JEF-Bundeskongress in München. Neben inhaltlichen Debatten zu Europawahl und Balkan hat die JEF auf ihrem 55. Bundeskongress in München einen neuen Bundesvorstand gewählt. Neue Vorsitzende wurde Yvonne Nasshoven aus NRW, die bislang für den Aufgabenbereich Presse als Referentin des Bundesvorstands zuständig war. Yvonne ist 27 und lebt und arbeitet in Brüssel.

Sie ist die erste Bundesvorsitzende der JEF Deutschland und wurde an diesem Wochenende auf dem Bundeskongress der Jugendorganisation mit großer Mehrheit gewählt. Sie ist nach Ralf Bingel (89-91) die zweite Bundesvorsitzende, die von Brüssel die JEF-Deutschland führen wird. Als Stellv. Generalsekretärin des Wissenschaftsnetzwerks TEPSA (in Deutschland IEP) hat die 27-jährige Politologin direkten Zugang zu einem europapolitischen Think Tank. Gleichzeitig ist sie Mitglied des Vorstandes des Europa-Union-Verbands Brüssel.

Zu Stellvertretern wählte der Kongress Laura Korbmacher (Berlin, Verbandskooperationen), Karola Erbstößer (Thüringen, Projektkoordination), Martin Teubner (Web, Internationales) und Thomas Heimstädt (Kommunikation). Schatzmeister der JEF Deutschland ist nun Volker Lindenthal (Baden Württemberg/ Maastricht). Der Vorstand wird vervollständigt von den Beisitzern Marco Stephan (Hessen/Fundraising), Martin Fischer (Sachsen, Projekte), Ann-Kathrin Fischer (Berlin/Bonn, Verbände) und Milena Thaller (Bayern, Presse). Als Hauptaufgabe sieht der Vorstand nun die Vorbereitung der Europawahl.

Siehe auch <http://www.jef.de>

5.8 International: UEF

5.8.1 Union Europäischer Föderalisten

Die Kooperation mit unserem europäischen Dachverband manifestierte sich im Berichtszeitraum vor allem im Rahmen der Vorbereitung der Kampagnenarbeit zur Europawahl 2009.

Als größte nationale Mitgliedsorganisation bestimmt die Europa-Union die politische Programmatik der Gremien der UEF entscheidend mit. Im Vorstand der UEF war die Europa-Union – seit den Wahlen auf dem UEF-Kongress in Wien im Juni 2006 – durch Heinz-Wilhelm Schaumann als Vizepräsident und Florian Rodeit als weiteres Vorstandsmitglied vertreten. Im UEF-Bundeskomitee hatte die Europa-Union 14 Mitglieder und 9 stellvertretende Mitglieder. Im September 2008 fanden in Paris Neuwahlen statt.

① Im Internet: <http://www.europa-union.de> > international

5.8.1.1 UEF-Kongress 10.-12.10.08 in Paris

Der 22. Kongress der Union Europäischer Föderalisten stellte inhaltlich wie personell wichtige Weichen für die künftige Arbeit. Die Europa-Union Deutschland war als größte U.E.F.-Mitgliedsorganisation mit 39 Delegierten auf dem Kongress vertreten.

Die rund 150 Delegierten und Gäste aus den nationalen Mitgliedsverbänden der UEF diskutierten über die Forderung nach einer demokratischeren Legitimation der EU-Kommission. Im Mittelpunkt dieser Debatte stand das Anliegen, im Vorfeld der EP-Wahlen im kommenden Juni 2009 die europäischen Parteien und Parteienbündnisse dazu zu bringen, einen jeweiligen Spitzenkandidaten für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten zu benennen, damit die Wähler direkten Einfluss darauf nehmen können, wer die alltägliche EU-Politik konkret gestaltet.

Siehe auch „who is your candidate“ Kampagne, Punkt 5.5.4

Die beschlossenen Resolutionen sind auf www.europa-union.de und www.federaleurope.org zu finden.

Andrew Duff ist der neue UEF-Präsident. Der liberale Europaabgeordnete aus Ostengland wurde einstimmig zum Nachfolger von Mercedes Bresso gewählt. Zahlreiche neue und junge Kandidaten wurden in den neuen Vorstand der UEF gewählt. Gleichzeitig bieten die Vizepräsidenten Kontinuität: Guido Montani vom Movimento Federalista Europeo Italia, Heinz-Wilhelm Schaumann von der

Europa-Union Deutschland und Philipp Agathonos von der Europäischen Föderalistischen Bewegung Österreich stehen für die großen UEF-Sektionen. Weiteres deutsches Mitglied des Exekutivbüros ist Katharina Lichtenberg, frühere Landesvorsitzende der JEF in Bayern.

5.8.2 Europa-Union Verband Brüssel

Der erste Verband der Europa-Union Deutschland außerhalb der Bundesrepublik wurde am 14. Juni 2007 in Brüssel gegründet. Er nimmt der Satzung nach die Stellung eines Kreisverbandes ein. Durch eine Änderung der Bundessatzung hat der Kongress der Europa-Union Deutschland die Möglichkeit geschaffen, dass Verbände, für die es keine übergeordneten Landesverbände gibt, und Verbände außerhalb der Bundesrepublik Deutschland im Bundesverband Mitglied werden können. Das bedeutet, dass sie durch Delegierte in den Gremien des Verbandes die Verbandspolitik aktiv mitgestalten können.

Besonderes Ziel des Verbandes ist die Transformation der "vor Ort Informationen" nach Berlin. Durch direkten Kontakt zu den europäischen Institutionen und das vorhandene Fachwissen vor Ort kann der Verband in Brüssel Impulse für die inhaltliche Arbeit der Europa-Union Deutschland geben. Dadurch kann die Führung des Verbandes noch schneller auf sich abzeichnende Entwicklungen reagieren.

Auch die Betreuung der deutschen Kreisverbände bei Besuchen in Brüssel - ggf. auch in Straßburg - wird durch Vertreter des Brüsseler Verbandes erfolgen. Dadurch soll eine bessere Vernetzung zwischen den einzelnen Unterebenen in Deutschland und den konkret an und für Europa arbeitenden Bürgerinnen und Bürgern in Brüssel erfolgen. So können vor allem die Ziele und Wünsche aus der Basis noch besser berücksichtigt werden.

Vorsitzender ist Dr. Michael Köhler, Kabinettschef von EU-Kommissar Joe Borg, seine Stellvertreter Katharina Aubele (Landesvertretung Baden-Württemberg) und Georg Becker (Europäisches Parlament).

Der Brüsseler Verband der Europa-Union Deutschland hat mittlerweile 202 Mitglieder, davon 30 außerordentliche Mitglieder, die eine Mitgliedschaft im Brüsseler Verband innehalten für die Zeit, die sie beruflich oder privat in Brüssel verbringen und ihre Erst-Mitgliedschaft in einem Kreisverband in Deutschland nicht aufgeben möchten.

Die permanente Fluktuation der zahlreichen in Brüssel tätigen deutschen Praktikantinnen und Praktikanten kann als Chance für die Mitgliederakquise genutzt werden. Dadurch konnten bereits mindestens 50 Praktikantinnen und Praktikanten durch den Brüsseler Verband geworben werden, deren Anmeldung direkt an die Landesverbände der JEF übersandt wurde.

Als deutschsprachiger, überparteilicher und überkonfessioneller Verband soll der Europa-Union Verband Brüssel keiner anderen Vereinigung Konkurrenz machen, sondern vielmehr diese in die eigene Arbeit einbinden. Mit der Union Europäischer Föderalisten und der UEF Belgien gibt es eine enge Zusammenarbeit.

Siehe auch www.europa-union.de >International: UEF & Brüssel >

Die Europa-Union Verband Brüssel organisiert turnusgemäß nach Europäischen Räten Informationsangebote (sogenannte DeBriefings), wo der Ständige Vertreter Deutschlands bei der EU, Botschafter Duckwitz, die deutsche Gemeinschaft in Brüssel über die Ergebnisse der Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs „aus erster Hand“ unterrichtet.

Darüber hinaus veranstaltet der Verband Brüssel sog. „EUD Konkret“-Veranstaltungen. Die Themensetzungen sind auch für den Bundesverband besonders relevant:

2. EUD Konkret Veranstaltung am 2. April 08

Bis zu 80 Mitglieder des Brüsseler Verbandes füllten die Stuhlreihen in den Räumlichkeiten der Landesvertretung Rheinland-Pfalz, um mit Vertretern der europäischen Parteien über die Vorbereitungen zur Europawahl zu diskutieren. Nach einleitenden Worten vom Vorsitzenden der Europa-Union Brüssel, Dr. Michael Köhler, und Pia Wenningmann stellten, unter der Moderation von Ulla Kalbfleisch-Kottsieper, Luc Vandeputte (Stellvertretender Generalsekretär der EVP), Dr. Andreas

Helle (Policy-Adviser im Generalsekretariat der SPE), Juan Behrend (Generalsekretär der EGP) und Helmut Scholz (Koordinator im Generalsekretariat der EL) ihre Positionen und Argumente vor. Intensiv wurde mit dem Publikum erörtert, welche Themen für die Europawahl gesetzt werden könnten, welche Aufgaben die nationale Presse übernehmen muss und wie die einzelnen europäischen Parteien im Vorfeld versuchen könnten, ihren Einfluss noch stärker geltend zu machen.

3. EUD- Konkret Veranstaltung am 15.Mai 08

Unter dem Thema „Der Deutsche Bundestag in der EU – Mitglieder oder Zuschauer?“ ermöglichte Günther Kirchbaum MdB, Vorsitzender des Ausschusses für Angelegenheiten der Europäischen Union im deutsche Bundestag und selber Mitglied der Europa-Union in Baden-Württemberg, den Brüsseler Mitgliedern des Verbandes Einblicke in aktuelle Themen der EU und deren Relevanz für den Deutschen Bundestag. Im Europasaal der baden-württembergischen Landesvertretung kam er sowohl auf den Lissabonner Vertrag und den Ratifizierungsprozess in Deutschland und Irland zu sprechen wie auch auf die französische Ratspräsidentschaft.

4. EUD Konkret Veranstaltung am 1. Oktober

Die 4. EUD-Konkret Veranstaltung lief unter dem Motiv: "Die Umwelt- (und Energie) Politik der EU: Welche Kompetenzen für Europa?" Sie stand nicht nur im Zeichen der internationalen Finanzkrise sondern befasste sich vor allem mit dem Problem des Klimawandels. Die Tatsache, dass sich das globale Klima zu unserem Nachteil verändert und dringend Handlungsbedarf besteht, ist nach jahrelangen intensiven Debatten inzwischen bei allen angekommen. Nur wie der Klimawandel einzudämmen ist und wie er gestoppt werden kann, ist nach wie vor umstritten. Wird das neue Emissionshandelssystem wirklich unserem europäischen Binnenmarkt gerecht? Kann die Balance zwischen Umwelt, Sozialem und Ökonomie damit tatsächlich auf-rechterhalten werden? Diese und weitere Fragen wurden bei intensiver Diskussion unter Moderation von Dr. Frank Hoffmeister, Vorstandsmitglied des Brüsseler Verbandes, diskutiert. Trotzdem stand am Ende weiterhin die Frage im Raum, wie am besten die Ziele der europäischen Formel „3 mal 20“ zur Zufriedenheit aller erreicht werden können.

5.9 Netzwerk Europäische Bewegung

Das Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland (EBD) ist mittlerweile einer der wichtigsten Zusammenschlüsse von Interessengruppen und organisierter Zivilgesellschaft im Bereich Europapolitik in Deutschland. Mit 155 Mitgliedsorganisationen aus allen gesellschaftlichen Strukturen hat die EBD in den letzten Jahren eine neue Form der partnerschaftlichen Europa-Kommunikation und politischer Vorausschau in Deutschland etabliert, die gleichsam zivilgesellschaftliche Organisationen, politische Institutionen sowie Bürgerinnen und Bürger und Parlamente einbezieht.

Insbesondere der Zugang zu letzteren, den Bürgerinnen und Bürger und den Parlamenten, ist in erster Linie durch die Partnerschaft mit der Europa-Union Deutschland (EUD) möglich. Als Mitgliedsorganisation im Netzwerk EBD bildet die EUD den bürgerschaftlichen und föderalistischen Kern, indem sie durch die ehrenamtliche Europaarbeit „vor Ort“ und durch seine programmatische Arbeit wichtige Impulse im Netzwerk EBD setzt. Von wachsender Bedeutung ist die Rolle der Parlamentariergruppen der EUD im Deutschen Bundestag und im Europaparlament, da so die Verbindung zu den demokratischen Parteien, die ebenfalls Mitglied im Netzwerk EBD sind, intensiviert werden kann.

Das Netzwerk EBD seinerseits verschafft der Europa-Union Zugang zu Entscheidungsträgern und Kontakte zu vielen anderen gesellschaftlichen Gruppen. Auf diese Weise konnte die EUD tragfähige Kooperationen schließen wie z.B. mit dem dbb Deutscher Beamtenbund und Tarifunion mit dem sehr erfolgreichen Veranstaltungsformat „Europäischen Abend“ in Berlin sowie mit der Europäischen Akademie Berlin im Rahmen von Seminaren und Bürgerforen.

Die Bürogemeinschaft in Berlin hat in vielen Arbeitsbereichen wichtige Synergien geschaffen und eine größere Effizienz der Arbeit auf Bundesebene erreicht, unter Wahrung der politischen und vereinsrechtlichen Eigenständigkeit beider Verbände. Sowohl durch die Person des gemeinsamen Generalsekretärs ist eine enge Kooperation zwischen Europa-Union und dem Netzwerk Europäische Bewegung gewährleistet, aber auch zunehmend durch die personelle Unterstützung weiterer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Netzwerks EBD werden einzelne Arbeitsbereiche gestärkt

Die Büroorganisation ist effizienter geworden, Internetserver, Datenbank und technische Geräte sind miteinander vernetzt oder werden gemeinsam genutzt. Entscheidend ist, dass die Zusammenarbeit in einem vereins- und zuwendungsrechtlich getrennten Rahmen gewährleistet wird. Querschnittsaufgaben werden von Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern beider Verbände übernommen, nicht nur im Sinne der Bürogemeinschaft, sondern aus inhaltlichen und strategischen Erwägungen.

Mit Blick auf die Europawahl 2009 werden die inhaltlichen Kooperationen noch enger aufeinander abgestimmt. Das Netzwerk EBD plant eine Wahlauf-ruf-Kampagne, bei der die EUD mit all seinen ehrenamtlichen und parlamentarischen Strukturen eine wichtige Rolle übernehmen soll.

Im Vorstand des Netzwerks Europäische Bewegung ist die Europa-Union Deutschland durch ihren Vizepräsidenten Ernst Johansson vertreten.

① Im Internet: <http://www.europaeische-bewegung.de>